

Nr. 27 – 2023/1

EINDRUCK

das Magazin für Politik
von Bündnis C

In dieser Ausgabe

Neue Arbeitsgruppen und
Mitgliedschaften

Fastenaktion

Weltklima

Vermächtnis Papst Benedikt

*Bundesparteitag
30.6. – 1.7.2023*



Kultur des Lebens

bündnis

Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 27 – 2023/1 – Inhalt

Editorial	4
Einladung zu neuen Arbeitsgruppen	6
Familienmitgliedschaft und Rabatt für Ihre Mitarbeiter	8
Gebetsaufruf & Spendenaufruf	9
Der Beirat von Bündnis C	10
Ankündigung Bundesparteitag	12
Aus den Landesverbänden	13
Künstliche Intelligenz über christliche Politik	19
Umkehr zum Frieden	20
Weltklima – Fluch oder Segen?	22
Lützerath: Die grünen Zauberlehrlinge entmachten	24
Anarchie in der Silvesternacht – ein Integrationsproblem?	25
Verkehrung der Grundrechte.	26
Du sollst nicht töten!	28
Erziehungsgeld gegen Kita-Notstand.	29
Türkische Expansion, Jahrhundertbeben und eine Straße des Friedens	30
Israel und die Zwei-Staaten-Lösung	32
Mitarbeiter der Wahrheit	34
Formular zum Anfordern von Infomaterial.	41
Schlusswort	42
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Frank Brandenburg,
Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp
und Andrea Rehwald



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Januar traf sich der Bundesvorstand zur Klausurtagung in Bad Blankenburg, um über die strategische Ausrichtung von Bündnis C in den kommenden zwei Jahren zu beraten. Dabei wurde diese geistlich-politische Leitlinie formuliert:

„Wir bauen neue erkennbare Modelle für die Politik auf dem Fundament der Bibel und fördern deren praktische Umsetzung mit Gleichgesinnten zum Bau des Reiches Gottes in der Gesellschaft.“

Diese Leitlinie gilt es nun mit Leben zu füllen. Für das Jahr 2023 sehen wir diese Schwerpunkte: für unsere Arbeit.

Wir wollen drei Arbeitsgruppen ins Leben rufen zu den Themen Lebensschutz, Familie und Senioren.

Wir glauben, dass diese drei Themen strategisch wichtig sind für uns als Partei und Schlüsselthemen, wo die Politik umsteuern und solide Grundlagen für eine gesunde Gesellschaft legen muss. Im Kontext der Themen und darüber hinaus muss der Zusammenhalt der Generationen gestärkt und neu fruchtbar gemacht werden, insbesondere für die Sozialverantwortung der Familien, aber auch für eine beziehungsorientierte Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Wir laden Sie herzlich ein, bei einer der Arbeitsgruppen mitzuwirken. Nähere Informationen zu den einzelnen Gruppen finden Sie auf den nächsten Seiten.

Wir haben uns ebenfalls Gedanken über neue Wege für die **Gewinnung von Mitgliedern** gemacht. Für Familien bieten wir an, ihre Kinder mit anzumelden. Und Mitarbeitern Ihrer Firma gewähren wir einen Rabatt beim Mitgliedsbeitrag, wenn mehrere zugleich Mitglied werden in Bündnis C. Auch dazu lesen Sie mehr in diesem Heft.

In diesem Jahr steht die **Kommunalwahl in Schleswig-Holstein** an am 14. Mai, bei der einige Kandidaten von Bündnis C in Quickborn und Norderstedt antreten werden. Für den Wahlkampf wünschen wir dem Landesverband breite Unterstützung und Gottes Segen! **Der Landesverband Hessen hat eine Landesliste für die Landtagswahl am 8. Oktober 2023 aufgestellt** und will zusätzlich mit Direktkandidaten antreten. Für die Wahlzulassung werden 1000 Unterstützerunterschriften gebraucht. Wenn Sie in Hessen wohnen und wahlberechtigt sind, Familie oder Freunde haben, bitten wir Sie um Ihre Unterstützerunterschrift!

Der Wahlkampf in Hessen soll schon mit Aktionen in Richtung der Europawahl 2024 verbunden werden. Um uns frühzeitig darauf auszurichten, werden wir den diesjährigen **Bundesparteitag bereits am 30. Juni und 1. Juli 2023** im Haus Hainstein in Eisenach haben. Wir wollen an den Tagen den Bundesvorstand neu wählen und die Kandidaten für die Europawahl aufstellen, damit genug Zeit ist für das Sammeln der Unterstützerunterschriften und für den Wahlkampf. Das Europawahlprogramm ist in Angriff zu nehmen, und wir wollen am Programm einer beziehungsorientierten Wirtschaftspolitik weiterarbeiten.

Um Kompetenzen über Bündnis C hinaus besser zu nutzen, hat der Bundesvorstand einen Beirat berufen. Wir danken den ersten Mitgliedern, die bereit sind, Bündnis C mit Ihrem Wissen und ihrer Erfahrung zu beraten und zu dienen. Sie stellen sich in diesem Heft kurz vor.

Statt eines politischen Aschermittwoch haben wir auf eine Initiative des Landesverbandes Hessen in diesem Jahr zur Fastenaktion **„Bündnis C fastet für verfolgte Christen“** eingeladen. Wir machen damit auf das Leiden von Millionen Christen weltweit aufmerksam, die verfolgt, diskriminiert, bedroht und getötet werden, weil sie sich zum christlichen Glauben bekennen. Im Jahresbericht 2022 der Europäischen Union zu Menschenrechten und Demokratie geht es beim **„Recht auf Gedanken- und Gewissensfreiheit und auf Freiheit der Religion oder Weltanschauung“** vor allem um die Rechte von Atheisten, Humanisten oder Agnostiker, die Legitimierung von Kritik an religiösen Ansichten und Maßnahmen gegen religiöse Intoleranz. Christen als die am schwersten verfolgte Religionsgruppe weltweit werden nicht einmal erwähnt. Mit der Fastenaktion wollen wir nicht nur informieren, sondern uns mit Gebet und Fasten mit dem Leiden unserer Geschwister eins machen. Wir arbeiten dabei mit Organisationen zusammen, die verfolgte Christen weltweit unterstützen, und haben zu mehreren gemeinsamen Online-Veranstaltungen eingeladen. Diese Vernetzung mit christlichen Verbänden wollen wir strategisch nutzen für unser aller Einfluss auf die Politik und im Land. Einen Kurzbericht zu den bisherigen Veranstaltungen lesen Sie in dieser Ausgabe.

Wir leben in Zeiten, in denen Finsternis, Täuschung, Kriege und Kriegsgerüchte eskalieren mit immer neuen Erschütterungen der Gesellschaft: der Krieg in der Ukraine ohne Aussicht auf Beilegung des Konflikts, tägliche Nachrichten von Gewaltverbrechen, kaum zu bewältigende Flüchtlingsströme, strauchelnde Geldmärkte, fehlende Fachkräfte, dazu Gesetzesvorhaben der Regierung mit Klimavorgaben, die an den vorhandenen Ressourcen völlig vorbeigehen und Wohnraum immer mehr verteuern. In diesem Heft finden Sie zu einigen der Themen **Stellungnahmen von Bündnis C, in denen wir versuchen, Alternativen aus einer biblischen Grundlage aufzuzeigen.**

Werden wir damit Einfluss oder Erfolg haben? Wir glauben erstens, dass es mahnende Stimmen braucht, die eine andere Politik fordern. Und wir sind die einzige Partei, die das aus einer christlichen Perspektive tut. Gleichwohl wissen wir gerade deshalb, dass ohne Umkehr unseres Landes zu den Geboten Gottes keine erneuerte Politik möglich ist.

Auf dem Bundesparteitag im November 2022 haben wir den **Kampf um die junge Generation** hervorgehoben, die am stärksten von der Gender- und Klimadoktrin vereinnahmt und unter Druck ist. Hoffnung geben uns die Nachrichten aus Asbury und mittlerweile weiteren Universitäten in den USA, wo der Heilige Geist Studenten neu gerufen hat, Gott zu suchen. Sie erleben einen tiefen Frieden Gottes, Seine verändernde Liebe, Sehnsucht nach Zugehörigkeit, in Demut und Schlichtheit. **Es ist besonders, dass diese Erweckung an Universitäten und nicht in Kirchen begann.** Über viele Jahre wurde Erweckung prophetisch vorausgesagt und erbeten, und dass sie bei der jungen Generation beginnt. Nirgendwo brauchen wir Heilung und Erneuerung mehr als an Schulen und Universitäten, die von den neomarxistischen Heilslehren am schlimmsten korrumpiert sind.

Danken wir Gott für diese ersten Spuren einer Ausgießung Seines Geistes und beten mit dem weltweiten Leib Christi, dass sie sich ausbreitet über die USA hinaus und in alle Generationen. Dass die Kirchen in Deutschland ihre Programme niederlegen und sie willkommen heißen. Und dass in der Politik das Wirken des Heiligen Geistes spürbar und sichtbar wird.

Öffnen wir uns auch als Partei für Sein Wirken, dass wir aus unseren eigenen Vorstellungen, wie die Politik sein sollte, herausgeholt werden und Seine Weisheit und Weisung empfangen. Noch ist Bündnis C ein Licht unter dem Scheffel. Ich glaube, der Herr will uns in der kommenden Bewegung Seines Geistes mit

entzünden, **damit wir eine Stadt auf dem Berg werden, die nicht mehr verborgen bleiben kann (Matthäus 5,14-16).** Erweckung ist mehr als ein flüchtiger Moment der Gegenwart Gottes, sondern will unsere Herzen verwandeln, dass sie uns zu Haltungen und Entscheidungen leiten, die das Leben fördern, individuell und gemeinschaftlich, um ein dauerhaftes Zeugnis für die Werke Gottes in dieser Welt abzulegen.

Eine Kultur des Lebens kann sich ausbreiten, wo wir in der Kraft Seines Geistes und Seiner Liebe Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen. Am Silvestertag des Jahres 2022 ist der emeritierte Papst Benedikt der XVI. heimgerufen worden. Wie kein anderer verteidigte er die biblischen und philosophischen Grundlagen Europas für eine Kultur des Lebens – geistlich und intellektuell, mahrend in Kirche, Politik und Gesellschaft. Er hat eine neue „**Generation Benedikt**“ vorbereitet, als kreative Minderheit in einer nachchristlichen Zeit das geistige Erbe Europas neu fruchtbar zu machen und sich damit in den Dienst der Menschheit zu stellen. Die Hommage an sein Werk am Ende dieses Heftes soll Ihnen zur Inspiration für diese kommende Zeit dienen.

Lassen Sie uns in der Erwartung von Jesu Auferstehung in unserem Land auf Ostern zugehen. Am 26. März wird Berlin darüber abstimmen, ob unsere Hauptstadt bis 2030 klimaneutral werden soll. Die „Letzte Generation“ überblickt nicht die Folgen einer solchen Entscheidung. Rufen wir zusammen einen „**Karfreitag for Future**“ aus, der sie den Retter der Welt sehen lässt. Nicht die Natur, sondern Gott ist heilig. Jesus Christus ist am Kreuz für unsere Blindheit und Hybris gestorben. Er hat den Preis gezahlt, um uns Zukunft und Hoffnung zu geben. Er hat den Tod überwunden, damit wir leben – zusammen mit der gesamten Schöpfung. Und er will eine neue Generation erwecken, die nicht mehr ihre Talente unter Hoffnungslosigkeit und Rebellion vergräbt, sondern für eine Kultur des Lebens aufsteht.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Osterzeit!



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Einladung zu neuen Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Leben

Liebe Mitglieder,

Am 04.02.2023 haben sich Interessierte aus Hessen und Bayern in Fulda getroffen, um auszuloten, wie die Gründung einer Arbeitsgruppe „Leben“ gelingen kann. Bündnis C ist die einzige Partei in Deutschland, die den Schutz des Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod noch verteidigt. Eine parallel startende Arbeitsgruppe „Senioren“ wird das Lebensende mit Sicherheit aufgreifen.

Es gehört es zu einer lebendigen Partei dazu, dass die Last auf viele Schultern verteilt wird.

Die „Last“ ist in diesem Fall das Erstellen von Material, Diskutieren und Formulieren von Standpunkten, das Planen von Aktivitäten und Erarbeiten von Konzepten, die dem Bundesvorstand zur weiteren Bearbeitung zugeleitet werden.

Es gibt viel zu tun für die Arbeitsgruppe. Das sind nur einige Fragestellungen:

- Publikationen müssen ausgearbeitet werden, z. B. in Form von Flyern, Broschüren und Veröffentlichungen.
- Welche Organisationen kümmern sich schon um das Thema Lebensschutz wie ist Vernetzung und Kooperation möglich?
- Was müsste sich politisch ändern, damit mehr Familien den Mut zum Kind finden?

Arbeitsgruppe Familie

Auf seiner Klausur zum Jahresanfang beschloss der Bundesvorstand, dass das Thema Familie wieder verstärkt in Angriff zu nehmen ist. Die Herausforderungen für junge Familien sind zwischenzeitlich derart gewachsen – speziell während der Corona Pandemie hat sich das gezeigt – dass es unerlässlich ist, sich dem Thema neu und intensiv zu widmen.

Junge Familien sind mit wegbrechender Kita-Betreuung konfrontiert und Unterrichtsausfall an Schulen. Es gibt immer weniger bezahlbare große Wohnungen und kaum finanzierbares Wohneigentum. Dem stehen sinkende Reallöhne, hohe Steuern und Sozialabgaben

Die Arbeitsgruppe soll auch eine Plattform sein, die das Ziel der Gründung einer Unterorganisation verfolgt. Leider stellen wir immer wieder im Zuge unserer politischen Arbeit fest, dass wir als Partei bei verschiedenen Kongressen und Veranstaltungen nicht teilnehmen dürfen. Ein Verein könnte dies aber und so unseren Aktionsradius erheblich erweitern.

Geplant sind zunächst Online-Treffen, die über den Zoomaccount des Bundes durchgeführt werden können. Natürlich können auch persönliche Treffen organisiert werden.

Deshalb unser Aufruf und unsere Bitte: Sie haben Interesse an einer Mitarbeit? Sie möchten zunächst einfach mal „reinschauen“ und sehen, wie Sie sich in die beginnende Arbeit einbringen können?

Dann teilen Sie uns bitte Ihr Interesse mit. Eine E-Mail an die Bundesgeschäftsstelle oder ein Anruf reichen aus.

Andrea
Rehwald

Beisitzerin
Bundesvorstand



und häufig Unverständnis von Arbeitnehmern für die Bedürfnisse von Familien gegenüber.

Um für diese Themen Lösungen zu erarbeiten, ist eine Arbeitsgruppe zu gründen. Wir möchten alle Mitglieder und Interessenten herzlich einladen, daran teilzunehmen. Zum Beispiel kann die Gruppe folgende Themen bearbeiten:

- Was hat Bündnis C der Familienpolitik der Ampel-Koalition entgegensetzen? Unser Grundsatzprogramm enthält einige Ansätze. Wir haben bereits einen Entwurf „Bedingtes Grundeinkommen“ vorliegen, der überarbeitet werden soll bzw. an die heutigen Bedingungen angepasst werden muss.

- Wie sind Eltern und Großeltern und bedürftige Personen zu unterstützen ohne Eigeninitiative zu schwächen? Wie können Generationen zusammengebracht werden, um Härtefälle zu vermeiden? Der Generationenvertrag bröckelt gewaltig.
- Bisher haben wir unsere Kinder nicht direkt mit in unsere Parteiarbeit einbezogen. Es könnte speziell für Kinder regelmäßig ein „Junior-Eindruck“ an jedes Kind geschickt werden. Ältere Kinder könnten sich gemeinsam mit der Arbeitsgruppe an der Redaktion für ein solches Blatt beteiligen.
- Es sollen Texte für Drucksachen entworfen werden als Zuarbeit für den Bundesvorstand.

Letztlich ist Ziel einer Arbeitsgruppe Familie die Gründung einer Unterorganisation, mit der wir an Veranstaltungen von Familienverbänden und -organisationen teilnehmen können. Als politische Partei sind uns manche Kongresse verschlossen.

Wie kann sich eine Arbeitsgruppe formieren und organisieren? Regelmäßige Online-Treffen können sinnvoll

sein, um wichtige Punkte und deren Umsetzung zu erarbeiten. Es steht ein Bündnis C Zoom-Account zur Verfügung, Termine können in der Geschäftsstelle vereinbart werden. Davon abgesehen gibt es natürlich die Möglichkeit für persönliche Treffen. Auch die können über die Geschäftsstelle organisiert werden.

Wir sind gespannt, was Sie von unseren Ideen halten, und ob wir Sie demnächst als Arbeitsgruppen-Teilnehmer begrüßen dürfen.

Ute Büschkens-Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Arbeitsgruppe Senioren

Liebe Senioren in und um Bündnis C,

bei unserer Vorstandstagung im Januar haben wir ein besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung von Bündnis C – Christen für Deutschland gelegt.

Dabei ist uns aufgefallen, dass kaum eine Partei einen großen Wert auf die Gruppe der Senioren legt. Viele wissen sehr wohl, dass dies die größte Wählergruppe ist, aber bei der politischen Gestaltung werden die Senioren nicht oder kaum berücksichtigt.

Wenn wir in die Bibel schauen und sehen was Gott über „die Alten“ sagt, müssen wir mit Erstaunen feststellen, dass hier ein großer Schatz liegt, der im Moment kaum genutzt wird.

Aus diesem Grund möchten wir alle Senioren in eine Arbeitsgruppe Senioren einladen. Wir möchten hier die Gelegenheit zu regelmäßigen Online-Meetings aber auch zu persönlichen Treffen anbieten.

Wir sind gewiss, dass viele unserer Senioren noch sehr viel zu geben haben. Im übertragenen Sinne ist ein jeder von Ihnen wie eine Schatztruhe, in der sich manch verborgener Schatz finden lässt.

Die Themen, die es zu bearbeiten gibt, scheinen fast endlos. Einige möchte ich hier aufzuführen, z. B. Senio-

ren-Wohnmodelle, Mobilität, Pflege, Recht auf Selbstbestimmung, Sterbehilfe, eine menschenwürdige Palliativmedizin und vieles mehr.

Wie Sie sehen, ist es ein großes Aufgabengebiet, das darauf wartet, bearbeitet zu werden. Wir können uns vorstellen, dass eine Arbeitsgruppe für Senioren oder perspektivisch auch eine eigenständige Unterorganisation bei all den wichtigen Fragen einen entscheidenden Beitrag leisten kann.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie bereit sind, etwas von Ihrer Lebenserfahrung und Ihrer Weisheit in diese Arbeit mit einzubringen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Mathias Scheuschner

Bundesschatzmeister



Familienmitgliedschaft und Rabatt für Ihre Mitarbeiter

Unsere Mitglieder sind das höchste Gut von Bündnis C und das, was die Partei ausmacht. Von unseren Mitgliedern hängt die Schlagkraft von Bündnis C ab und unsere Zukunft, die Vielfalt und Qualität unserer Themen und unsere Wirksamkeit vor Ort. Deshalb bieten wir Ihnen zwei neue Arten der Mitgliedschaft an:

1. Die Familienmitgliedschaft

Bisher gewähren wir Ehepartnern beim Mitgliedsbeitrag einen Rabatt, weil wir Ihr gemeinsames Engagement in Bündnis C willkommen heißen und fördern wollen. Jugendliche können ab 16 Jahren Mitglied werden. Wir bieten Ihnen jetzt an, Ihre Kinder bis 16 Jahre mit in Bündnis C anzumelden, natürlich kostenfrei. Wir laden Sie damit als Familie ein, in Bündnis C Mitglied zu werden.

Die Frage ist natürlich, was Sie und wir davon haben. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass Familien bei uns im Fokus stehen, und das soll sich auch bei den Mitgliedern spiegeln. Und wir planen eine Veröffentlichung für Kinder ein bis zwei Mal im Jahr, mit der wir Kinder auf eine ihnen gerechte Weise mit politischen Themen vertraut machen wollen. Sicher bewegen Sie als politisch interessierte Eltern auch politische Themen mit Ihren Heranwachsenden.

Dabei wollen wir Sie unterstützen und

hoffen, dass damit Jugendliche heranreifen, die sich später politisch versiert und christlich fundiert in unsere Gesellschaft einbringen. Wir freuen uns darauf, Ihre Kinder in Bündnis C begrüßen zu dürfen!

Wenn Sie an unserem geplanten „JuniorEINDRUCK“ mitarbeiten möchten, melden Sie sich gern in der Bundesgeschäftsstelle. Wir suchen für diese Arbeit Texter und Designer, die Freude daran haben, geeignete Themen für Kinder spannend aufzubereiten. Vielen Dank!

2. Die „Firmenmitgliedschaft“

Die Bezeichnung „Firmenmitgliedschaft“ ist insofern irreführend, weil in Bündnis C nur natürliche Personen Mitglied werden können. Was wir Ihnen für Ihre Firma oder Organisation anbieten, sind reduzierte Mitgliedsbeiträge, je mehr Mitarbeiter aus Ihrem Unternehmen bei Bündnis C Mitglied werden. Die normale Mitgliedschaft kostet 70 € im Jahr. Bei gemeinsamer/gleichzeitiger Einreichung weiterer Anträge aus einer Firma oder Organisation reduziert sich der Pro-Kopf-Beitrag wie folgt:

Zwei Mitglieder – 60 € p. P./Jahr

Ab drei Mitglieder – 50 € p. P./Jahr

Wir wollen mit dieser Form der Mitgliedschaft auch ein Zeichen setzen, dass die Wirtschaft eine christliche Politik braucht, die kleine und mittelständische Unternehmen als Rückgrat für die Versorgung der Bevölkerung schätzt und stärkt. Die „Firmenmitgliedschaft“ soll eine Beziehung zwischen Bündnis C und Ihrem Unternehmen oder Ihrer Organisation herstellen, die unserem beziehungsorientierten Denken für die Wirtschaft und die Gesellschaft Gestalt gibt.

Gleichzeitig laden wir Sie ein, sich mit Ihrem Wissen und Erfahrungen zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen in Bündnis C einzubringen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen zu dieser Idee – und natürlich auf Mitglieder Ihrer Firma!

Der Bundesvorstand

Antrag auf Mitgliedschaft
Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei Bündnis C – Christen für Deutschland

bündnis C
Christen für Deutschland

Anrede Titel Vorname Nachname

Straße und Hausnummer Bundesland

Länderkennung PLZ Wohnort

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) Familienstand Staatsangehörigkeit

Telefon- oder Handynummer

Weitere Telefonnummer, E-Mail-Adresse* E-Mail

Erlerner Beruf*

Konfession/Verband* Ausgeübter Beruf*

Kirchengemeinde* Sitz der Kirchengemeinde*

In diesen Bereichen könnte ich mich einbringen:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Einzelmitglieder 70,00 €

Ich zahle den Jahres-Mitgliedsbeitrag
 Ich zahle...

Gebetsaufruf

Gebet ist eines der wichtigsten Dinge im Leben von Christen. Es wird auch genannt das Atmen der Seele. Unter den vielen Bibelstellen zum Gebet möchte ich eine herausgreifen: „Bittet, so wird euch gegeben; sucht, so werdet ihr finden; klopf an, so wird euch aufgetan. Denn wer da bittet, der empfängt; und wer da sucht, der findet; und wer da anklopft, dem wird aufgetan“ (Mt 7,7f).

Das heißt nicht, dass jedes Gebet sofort erhört wird. Der Ukraine-Krieg geht jetzt schon ein Jahr und viele Christen beten dafür und das ist gut so. Lasst uns dranbleiben im Gebet, dass Gott diesen Krieg beenden wird.

Ein wichtiges Anliegen ist die Europawahl im Mai 2024. Wir ziehen die Bundesvorstandswahl und die Wahl der Europakandidaten vor auf Ende Juni/Anfang Juli 2023, um genug Zeit für die Koordination des Wahlkampfes zu haben. Was besonders wichtig ist, dass wir und jeder, der sammeln kann, die erforderlichen 5000 Unterstützungsunterschriften deutschlandweit rechtzeitig zusammen bekommen, um an der Europawahl teilzunehmen. Das braucht vollen Einsatz und die notwendige Gebetsunterstützung.

Es ist so entscheidend, dass wir uns als Mitglieder und Interessenten von Bündnis C dafür einsetzen, dass die christlichen Werte in die Politik und die Gesellschaft kommen. Ob Gendersprache, Klimawandel oder der Umgang mit Migranten, es gibt viele Herausforderungen in unserem Land und weltweit, die des andauernden Gebets bedürfen und auch Stellungnahmen dazu erfordern.

Zur Zeit läuft die Aktion „Bündnis C fastet für verfolgte Christen“. Wir machen damit auf das Leiden von Millionen Christen weltweit aufmerksam, die verfolgt, diskriminiert, bedroht und getötet werden, weil sie sich zum christlichen Glauben bekennen. Wir laden zu Gebet und Fasten für unsere verfolgten Geschwister ein.

Liebe Beter, beten Sie für Bündnis und die hier genannten Anliegen. Gott erhört Gebet. Petrus wurde von Gott aus dem Gefängnis befreit, als die Gemeinde unaufhörlich für ihn betete (Apg 12,1-17).

Vielen Dank für Ihr Mittragen und Mitbeten.

Hermann Bohnenkamp
Beisitzer Bundesvorstand

Spendenaufruf

Ich meine aber dies: Wer da kärglich sät, der wird auch kärglich ernten; und wer da sät im Segen, der wird auch ernten im Segen. Ein jeder, wie er's sich im Herzen vorgenommen hat, nicht mit Unwillen oder aus Zwang; denn einen fröhlichen Geber hat Gott lieb. (2. Korinther 6, 7)

Gebt, so wird euch gegeben. Ein voll, gedrückt, gerüttelt und überfließend Maß wird man in euren Schoß geben; denn eben mit dem Maß, mit dem ihr messet, wird man euch wieder messen. (Lukas 6, 38)

Das sind nur einige Beispiele aus der Schrift zum Thema „Geben“. Meine Feststellung ist, je mehr ich gebe, umso mehr werde ich, wird mein Sein gesegnet. Deshalb möchte ich Ihnen unsere Arbeit ans Herz legen.

Viele von Ihnen spenden schon lange oder immer wieder Beträge für unsere Arbeit. Wir verwenden Ihre Gaben sorgsam und in treuer Haushalterschaft, z. B. für die Bundesgeschäftsstelle und Aktionen, die es braucht, um sichtbar zu werden und zu sein. Herzlichen Dank für jeden fröhlichen Geber!

In diesem Jahr finden in Hessen Landtagswahlen statt. Die Europawahl im kommenden Jahr wirft ihre Schatten schon voraus. Auch hierfür werden wieder finanzielle Mittel benötigt. Die Arbeitskreise werden ein Übriges tun, damit unsere Sichtbarkeit zunimmt. Wie Sie in diesem Heft lesen können, haben wir viel vor.

Deshalb bitten wir an dieser Stelle wieder um Ihre Spende. Unsere Arbeit basiert auf der Grundlage, dass der HERR unser Versorger ist. Sehen Sie Ihre Spende als das an, was sie ist: Eine Investition in das Reich Gottes, da wo unsere wahren Schätze liegen!

Es grüßt Sie

Andrea
Rehwald

Landesvorsitzende
Hessen



Der Beirat von Bündnis C

Der Bundesvorstand hat einen Beirat für Bündnis C berufen. Wir freuen uns über die ersten Mitglieder, die bereit sind, Bündnis C mit Ihrem Wissen und ihrer Erfahrung zu beraten und zu dienen. Wir danken Micha Schlittenhardt, Gottfried Hetzer, Friedemann Kalmbach und Hans Jürgen Brozio, die sich hier kurz vorstellen.

Micha Schlittenhardt (Vorsitzender)

Micha Schlittenhardt lebt mit seiner Familie in Karlsruhe. Er ist Fraktionsgeschäftsführer der Freien Wähler und der Wählergruppe FÜR Karlsruhe im Gemeinderat der Stadt. Zur Zeit promoviert er in theologischen Studien zum Thema Führung.

Als Beiratsmitglied kann Schlittenhardt Impulse im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, kommunales Engagement und Kommunikation von Inhalten einbringen. Sein Herz schlägt dabei für eine Politik, die Integration stärkt und Familien fördert, aber auch Themen wie Energieversorgung und Umweltschutz, die für das Gemeinwohl wichtig sind.



Gottfried Hetzer

Gottfried war fünfzehn Jahre lang als Finanzcontroller für multinationale, global agierende Unternehmen und später fünf Jahre lang als Finanzchef eines kleinen, weltweit tätigen Unternehmens mit Sitz in England tätig. Sieben Jahre lang widmete er sich der Ausbildung junger Leiter im Ausland.



Seit mehr als zwei Jahrzehnten hält er Vorträge und leitet Seminare/Workshops zum Thema Weltfinanzsystem im In- und Ausland und berät sowohl Einzelpersonen, Gemeinden, Organisationen und Unternehmen als auch die Politik in dieser Thematik. Gottfried ist seit über 43 Jahren mit Ruth verheiratet. Das Paar lebt momentan am nördlichen Stadtrand Hamburgs, hat vier Kinder und aktuell drei Enkelkinder.

Gottfried hat das Finanzpolitische Programm für Bündnis C entworfen. Weil Bündnis C als einzige Partei Deutschlands eine echte Offenheit für bibelzentrierte Lösungen in allen Gesellschaftsbereichen zeigt, ist es Gottfried eine große Freude, als Beirat sein Wissen und seine Erfahrung mit einbringen zu können.

Friedemann Kalmbach

Friedemann Kalmbach ist ein engagierter Familienvater, der in Karlsruhe lebt. Er ist Mitgründer der sozial-diakonischen Nehemia Initiative und der christlichen Buchhandlung Atempause. Seit 2009 ist er Stadtrat im Karlsruher Gemeinderat und seit einem Jahr Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft aus Freien Wählern und FÜR Karlsruhe. Seine Schwerpunkte sind Soziales, Umwelt, Energie und Mobilität, worauf er unter anderem als Aufsichtsrat der Karlsruher Verkehrsbetriebe einen Einfluss hat.

Als Beiratsmitglied möchte Kalmbach seine Erfahrungen und Kompetenzen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Mobilität einbringen und damit zur Umsetzung christlicher Werte in der Politik beitragen. Er setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft ein, die Mensch, Wirtschaft und Ökologie in Balance bringt. Diese Werte möchte er in die politische Arbeit integrieren. Mit seinem Engagement und seiner Erfahrung kann er wichtige Impulse zur politischen Arbeit auf kommunaler Ebene leisten.



Hans-Jürgen Brozio



Ich bin Hans-Jürgen Brozio (Jahrgang 1952), Immobilien-Kaufmann seit 1998, verheiratet mit Katharina. Seit 25 Jahren sind wir selbständig. In allem, was wir tun und erleben, leben wir Sinn-Orientiert. Durch unsere Kinder haben wir lernen können, auf was es im Laufe des Lebens ankommt. Drei Jahre haben wir uns zu Eheberatern ausbilden lassen. Dadurch durften wir vielen Ehepaaren aus ihren Krisen helfen, besonders den Geschäftsleuten. Wir leiten die Organisation God@Work – Gott in der Arbeitswelt. Dazu haben wir eine Partnerschaft mit Way-Pointer, das Orientierungshilfen für Schulabgänger und Studenten zur Berufswelt gibt.

Unser politisches Interesse hat uns mehr in die gesellschaftlichen Herausforderungen hineinschauen lassen. Auch die großen Veränderungen in der jungen Generation in ihren Beziehungen zu den anderen Altersgruppen bewegt mein Herz. Die mangelnde emotionale Intelligenz und damit verbundene Kommunikationsstörungen sind ein sehr wichtiges Feld. Wir helfen Visionen zu materialisieren und zu verstehen – Joel 3,1-4 und Apg 2,17.

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.

Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag von Bündnis C findet am 30.06. – 01.07.2023 in Eisenach statt.

(im Haus Hainstein, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach)

Am Bundesparteitag werden der Bundesvorstand und das Bundesschiedsgericht neu gewählt.

Gleichzeitig findet die Aufstellungsversammlung für die Europawahl 2024 statt mit der Wahl der Kandidaten für die Bundesliste.

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß Mitte Juni 2023.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Auf der Tagesordnung stehen neben den Berichten des Bundesvorstandes und den Wahlen Beschlüsse zu Programmen. Außerdem erwarten wir Referenten zur Europa- und Kommunalpolitik.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 31.05.2023 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Jetzt anmelden!

Aus den Landesverbänden

Schleswig-Holstein

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023

Als Landesverband Schleswig-Holstein treten wir bei den Gemeindewahlen in Quickborn und Norderstedt an. In Quickborn-Renzel tritt Rainer Bosniakowski als Direktkandidat an und Sigrid Roloff und Rainer Bosniakowski als Listenkandidaten. In Norderstedt treten Carmen Deilke-Rühs und Hans Martin Konzelmann als Direktkandidaten in ihren Wahlbezirken an und Birgit Konzelmann, Carmen Deilke-Rühs und Hans Martin Konzelmann als Listenkandidaten.

Nach schwierigen Zeiten mit staatlich verordneten Einschränkungen hoffen wir im Jahr 2023, neue Parteimitglieder zu gewinnen und die Parteiarbeit weiter aus-



Auf dem Bild von links nach rechts:
Birgit Konzelmann, Hans Martin Konzelmann,
Carmen Deilke-Rühs, Rainer Bosniakowski.
Nicht auf dem Bild ist Sigrid Roloff.

bauen zu können. Schön wäre es, wenn es 2023 gelänge, auch einen Landesverband in Hamburg zu gründen. Eine intensive Zusammenarbeit der Landesverbände würde sich anbieten. Hierzu wurden schon Kontakte geknüpft und wir sind gespannt, was das Jahr 2023 bringt.

Auf jeden Fall planen wir einen Landesparteitag 2023 mit der turnusmäßigen Wahl des Vorstandes. Wir freuen uns deshalb über alle Mitglieder, die an diesem Parteitag teilnehmen, und laden auf diesem Wege alle Interessierten als Gäste ein.

Schwerpunkte der Parteiarbeit liegen in der Stadt Quickborn und in Norderstedt. Gern würden wir in weiteren Kommunen Kandidaten stellen. Der Landesparteitag bietet die Möglichkeit für Interessenten, die Parteiarbeit in Schleswig-Holstein näher kennenzulernen, Mitglied zu werden und sich in die Riege der Kandidaten einzureihen.

Ich lade dazu ein, die Landesseite des Landesverbandes Schleswig-Holstein <https://schleswig-holstein.buendnis-c.de/> regelmäßig zu besuchen und sich über aktuelle Themen und Termine zu informieren.



Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Hessen

Bündnis C fastet für verfolgte Christen



Eher aus einer nicht durchgeführten Veranstaltung heraus ist diese Aktion entstanden.

Für letztes Jahr in der Vorweihnachtszeit war ein Online-Vortrag mit Open Doors geplant, der aber aus verschiedenen Gründen nicht zustande kam. Zu Beginn des Jahres entstand dann die Idee, in der Fastenzeit ein Motto auszugeben und das mit Leben zu füllen. So entstand „Bündnis C fastet ...“. In Kooperation mit dem Bundesvorstand haben wir vom Landesverband Hessen mehrere Organisationen herausgesucht, die sich um verfolgte Christen kümmern, Ihnen beistehen, sie verteidigen, für sie da ist.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Darmstadt – Dieburg Christian Kast erklärte sich bereit, die Organisationen in Zusammenarbeit mit Andrea Rehwald anzusprechen. Unsere Vision war, dass in der Zeit zwischen Aschermittwoch und der Osterwoche jede Woche ein Online-Treffen mit Vortrag, Diskussionsrunde oder Fragenteil und Gebet stattfinden soll.

So kristallisierte sich unser Vortragsmotto heraus: Bündnis C fastet für verfolgte Christen.

Jetzt, wo ich diesen Beitrag verfasse, haben wir schon drei Vorträge gehört. Drei weitere werden folgen. Wir sind unserem Gott so unendlich dankbar, dass sich tatsächlich für jeden Samstag ein anderes Hilfswerk bereiterklärt hat und wir so verschiedene Sichtweisen und Informationen erhalten. Wir haben Referenten von Open Doors, ACV, ADF international, Kirche in Not, der Hilfsaktion Märtyrerkirche und Missio. So dient die Veranstaltungsreihe auch der Vernetzung von Bündnis C mit anderen Organisationen, deren Themen wir politisch bewegen.

Der Zuspruch ist groß und die Diskussion im Anschluss an die Vorträge immer sehr rege. Wir bekommen einen

weiten Blick, wir erfahren Neues, wir sehen einen Handlungsbedarf für eine politische Stellungnahme oder Forderung, der vorher noch nicht im Fokus war.

Uns ist durch diese Vortragsreihe klar geworden, dass wir diese Aktion auf jeden Fall wiederholen werden!



Unterstützungsunterschriften für Hessen! Haben Sie schon eine abgegeben?

Die politische Situation wird immer verrückter. Die Regierungen sollen für Stabilität sorgen, schaffen aber aktuell nur Verwirrung. Wir möchten das gerne ändern. Denn wir schauen auf Gottes ewigen Plan und finden dort Antworten auch für die aktuellen Unwägbarkeiten.

Um zur Landtagswahl im Oktober anzutreten, müssen wir in Hessen 1000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Jeden Tag treffen bei mir neue Briefe ein und enthalten eine, zwei, manchmal auch drei Unterschriften. Herzlichen Dank an jeden, der schon seine Unterschrift auf das entsprechende Formular gesetzt hat!

Alle anderen Mitglieder und Interessierten möchte ich hiermit um ihre Unterschrift bitten, wenn Sie in Hessen wahlberechtigt sind. Das Formular ist auf der Bündnis C-Landesseite Hessen zum Download verfügbar und darf gern mehrmals ausgedruckt werden. Füllen Sie Ihre persönlichen Daten aus. Wenn es Ihnen möglich ist, lassen Sie bitte Ihr Wahlrecht beim Einwohnermeldeamt bestätigen. Auf jeden Fall senden Sie mir die unterschriebenen Exemplare an meine Adresse zu: Andrea Rehwald, Hasselbacher Straße 7, 35799 Merenberg.

Auch wenn Sie nicht aus Hessen sind, sprechen Sie bitte Freunde oder Verwandte in Hessen auf die Möglichkeit einer Unterstützungsunterschrift an. Jede Unterschrift bringt uns der Teilnahme an der Landtagswahl ein Stück näher!

Andrea Rehwald
Landesvorsitzende Hessen

Spendenaktion Keltenbergschule

Über eine vorgezogene „Bescherung“ konnte sich die Bücherei der Keltenbergschule in Glauburg-Stockheim freuen. Im Namen von Bündnis C – Christen für Deutschland überreichte Sascha Feuring vom Landesvorstand Hessen eine Spende der Erlöse vom Christkindelmarkt. „Mit dieser Spende“, so Sascha Feuring, „wollen wir das ehrenamtliche Engagement in der Kommune unterstützen und so das Leben in Glauburg mittragen.“



Landesvorstand Sascha Feuring meinte: „Diese finanzielle Unterstützung erfüllt einen guten Zweck“. Die Spende ist durch Waffeln und Kinderschminken auf dem Glauburger Christkindelmarkt zusammengekommen. Beides wurde für eine freiwillige Spende angeboten.

„Wir freuen uns, dass unser Stand so gut angenommen wurde, und wir ein bisschen für den Aufbau der Schulbücherei beitragen können.“

Dorothea Steinkopf und Sabine Mickel bedankten sich im Namen der Bücherei der Keltenbergschule für die Spende bei Sascha Feuring und Bündnis C. Über weitere Spenden würde sich die Bücherei freuen.

(Pressemitteilung Landesvorstand Hessen 20.12.2022)

Sascha Feuring

Beisitzer
Landesvorstand
Hessen



Rheinland-Pfalz

Neuer Landesvorstand Bündnis C Rheinland-Pfalz

Am Samstag, den 26. November 2022 trafen sich die aktiven Mitglieder des Landesverbandes Bündnis C Rheinland-Pfalz in den Räumen des Erbacher Hofes in Mainz zum Landesparteitag. Nach einem Austausch zum Thema „Wie erging es uns in der Corona-Krise“ standen turnusgemäß die Wahlen zum neuen Landesvorstand an. Es wurden für die nächsten zwei Jahre gewählt:

- Andreas Wolff (Landesvorsitzender)
- Robert Gleich (Stellvertretender Landesvorsitzender)
- Martin Brüggelhofe (Stellvertretender Landesvorsitzender)
- Ernst Maier (Schatzmeister)
- Volker Giese (Beisitzer)

Als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte zu Bundesdelegiertenparteitagen wurden gewählt:

1. Andreas Wolff
2. Volker Giese
3. Martin Brüggelhofe (Ersatzdelegierter)

In einem Nachruf mit Beiträgen der Teilnehmer gedachten wir unseres verstorbenen Vorstandsmitglieds Christoph Carius sowie des Gründers der Vorgängerpartei von Bündnis C Gerhard Heinzmann, der 1989 die PBC gegründet und in der Folge aufgebaut hat.

Unsere Ziele für die nächsten zwei Jahre sind die Mitwirkung bei Aktivitäten im Rahmen des Bundesverbandes für die Europawahl 2024, die Pflege und der Ausbau des Mitgliederbestands in Rheinland-Pfalz und interessierte Mitglieder, die vor Ort kandidieren möchten, bei den Kommunalwahlen 2024 zu unterstützen.

Andreas Wolff

Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Sachsen

Landesparteitag in Sachsen



Landesparteitag in Sachsen

Dieses Jahr wollen wir in Sachsen nutzen, um uns auf die Landtagswahlen im Sommer 2024 und die Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 vorzubereiten, mit dem Schwerpunkt auf den Landtagswahlen.

Als Auftakt dazu nutzten wir unseren Landesparteitag am 11. März 2023 in Chemnitz im KALEB-Haus für das Leben.

Nach den Formalien ermutigte uns Christine Widiger, langjährige Erste Beigeordnete im thüringischen Blankenhain, uns in der Kommunalpolitik zu beteiligen. Es geht dabei nicht um persönliche Profilierung, sondern um unsere Mitmenschen, ihnen zu dienen und um unsere Verantwortung für sie - auch wenn nicht alles durchsetzbar ist und auch Scheitern dazu gehört.

Frau Goldhahn gab Einblick in die Aktivitäten von KALEB Chemnitz, was sie tun und wie der Glaubensschritt zum Bau ihres Hauses zustande kam bis zur Einweihung.

Das Ehepaar Kuhlmann berichtete von seinen Erlebnissen bei der Arbeit des Versöhnungsdienstes mit Holocaust-Überlebenden. Neben der materiellen Hilfe bewirke vor allem die Bitte um Vergebung Wunder an den Betroffenen. Da sie früher vorwiegend in der Ukraine tätig waren, bewegt sie das jetzige Geschehen in der Ukraine sehr.

Wir diskutierten lebhaft und auch kontrovers Themen zu den Landeswahlen, worauf sich einige Vorstandsmitglieder vorbereitet hatten. Wir hatten eine gute, von Liebe und gegenseitiger Achtung geprägte Gemeinschaft. Dazu trug auch die Hilfe aller bei der Organisation bei und beim Aufräumen. Es war gut, sich wieder persönlich zu treffen und auch einige Gäste zu begrü-

ßen. Wir danken unserem Herrn Jesus Christus und allen Teilnehmern für den gelungenen Landesparteitag.



Baden-Württemberg

Was macht eigentlich der Landesvorstand Baden-Württemberg?

Am Samstag, 25.02.2023 trafen sich der Landesvorsitzende Jürgen Graalfs und seine Stellvertreter Dr. Rainer Simon und Andreas Haller in Remchingen, um die Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Vorstandsmitglieder im Landesvorstand Baden-Württemberg zusammen zu stellen. Dazu hatten wir uns entschlossen, weil im Herbst 2023 ein neuer Vorstand gewählt wird. Diese Vorstandswahl ist uns sehr wichtig. Schon im Vorfeld wollen wir Personen, die wir für eine Kandidatur als befähigt erachten, ansprechen und ermutigen, sich um ein Vorstandsamt zu bewerben.

Die formellen Pflichten und Aufgaben des Landesvorstandes werden in unserer Satzung speziell § 8 geregelt. Es gibt auch eine Geschäftsordnung des Landesvorstandes. Diese Papiere waren für uns die Richtlinie. Die Basis unserer Arbeit ist das Gebet. Deshalb betet



BW-Vorstandstreffen: (von links nach rechts) Andreas Haller, Dr. Rainer Simon, Jürgen Graalfs

jedes Vorstandsmitglied montags zu einer individuellen Zeit für die Dank- und Bittanliegen von Bündnis C. Für die Arbeit in unserem Landesvorstand wurde uns folgendes speziell wichtig:

Wir streben einen möglichst großen Landesvorstand von 7 – 10 Mitgliedern an. Das bewirkt, dass die Arbeit auf verschiedene Schultern verteilt werden kann. Wir gehen davon aus, dass die durchschnittliche Arbeitszeit für die Vorstandsmitglieder 5 – 10 Stunden/Monat beträgt. Wir wollen die Aufgaben interessen- und gabenorientiert verteilen. Wir legen Wert auf Team-Arbeit und ein freundschaftliches Miteinander. Deshalb wollen wir uns neben den monatlichen Online-Treffen auch 1 – 2x im Jahr in Präsenz treffen.

Wir stellten zum Schluss unserer Begegnung fest, dass die Mitarbeit im Landesvorstand erfüllend und gewinnbringend ist. Zum Schluss noch unsere Jahresziele:

Für 2023:

- Durchführung von Bündnis C-Infotreffen in den verschiedenen Landtagswahlkreisen
- Gründung von Kreisverbänden
- Rekrutierung von Gemeinderats- und Kreistagskandidaten.

Für 2024:

- Teilnahme an der Europawahl
- Teilnahme an den Kommunalwahlen.



Mitgliederversammlung in Sinsheim

Der bisher einzige Kreisverband in Baden-Württemberg traf sich am 23.1.2023 in der Cafeteria der iBelieve-Gemeinde in Sinsheim zur Mitgliederversammlung. Außer den fünf Mitgliedern kamen noch vier Interessierte, von denen zwei sich anschließend für eine Mitgliedschaft in Bündnis C entschieden.



Als Gastredner war Dr. Rainer Simon geladen, der in einem lebendigen Vortrag von seiner Sicht als Insider auf die Partei Bündnis C berichtete. Schon während des Vortrages entspann sich durch Rückfragen ein lebhaftes Gespräch. Es wurden Ideen entwickelt, wie Bündnis C bekannter werden und wie die Arbeit in Gottes Sinn vorangebracht werden kann:

- den monatlichen Gebetsbrief von Bündnis C abonnieren und beten
- Petitionen unterschreiben und teilen
- Leserbriefe schreiben
- an Zoom-Treffen teilnehmen
- mit christlichen Freunden über Politik sprechen
- Informationen in die Gemeinden tragen usw.

Man schloss den Abend mit dem Vorhaben, sich alle 2–3 Monate zu einem Stammtisch zu treffen, zu dem man Interessierte einladen und z.B. Artikel aus dem Eindruck-Heft als Gesprächsgrundlage nehmen kann.



Nordrhein-Westfalen

Gebetswache vor der GYNAIKON Klinik in Dortmund

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Mit diesen Worten drückt unser Grundgesetz in Artikel 2 unmissverständlich aus, was dem Willen unseres Gottes entspricht. Daraus folgt, niemand hat das Recht, das Recht auf Leben anzutasten, es umzudefinieren oder es infrage zu stellen.

Am 26. November 2022 fand vor der GYNAIKON Klinik, einer neu eröffneten Abtreibungsklinik in Dortmund, eine zweistündige Gebetswache statt. Eingeladen hatte über Youtube ein katholischer Familienvater, der von einem teuflischen Ort des Grauens sprach, den er in seiner Stadt nicht haben wollte.

Es brauchte keine lange Überlegung, um dort hinzufahren. Wir, das sind meine Frau Corinna, mein Freund Ludger und ich als Bündnis C Mitglieder und Christine aus dem Krefelder Gebetshaus. Wir reihten uns in eine Menge von ungefähr 100 Personen ein. Viele Katholiken, aber auch Christen aus freien Gemeinden waren verbunden in der Fürbitte für das ungeborene Leben und im Gebet für die Schließung dieser Einrichtung.

Wir wollen auch weiterhin für das Leben besonders der ungeborenen Kinder unterwegs sein. Ein Ehepaar, das wir in Dortmund kennenlernten, verstärkt heute Bünd-

nis C in NRW. Alle Mitglieder in Bündnis C NRW, die sich für das Lebensrecht einsetzen wollen, mögen sich melden. Zurzeit bildet sich dazu eine bundesweite Arbeitsgruppe in Bündnis C.



PS: Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich beim Abschluss der Vollversammlung am 2. März zu einer möglichen Streichung von §218 geäußert: „Dass eine Streichung des § 218 StGB das verfassungsrechtlich garantierte Lebensrecht des ungeborenen Kindes in gleicher Weise oder besser schützen soll als die gegenwärtige Regelung, scheint mir nicht einsichtig zu sein. Der verfassungsrechtlich zu garantierende Lebensschutz macht es jedenfalls erforderlich, dass das Lebensrecht des ungeborenen Kindes im Bewusstsein der Menschen, der Gesellschaft und des Staates wachgehalten wird.“

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)		Bündnis C – Christen für Deutschland	
IBAN		DE60660501010108232562	
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)		KARSDE66XXX	
Betrag: Euro, Cent			
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN		08	
Datum	Unterschrift(en)		



Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Künstliche Intelligenz über christliche Politik

Beigefügt finden Sie einen Artikel zur Notwendigkeit einer christlich geprägten Politik. Dieser Artikel wurde binnen zehn Sekunden von ChatGBT auf meine Anfrage hin geschrieben. Er wurde also von einem Chatbot durch künstliche Intelligenz erzeugt:

Die Frage nach der Notwendigkeit einer christlichen Politik ist in der heutigen Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Idee einer christlichen Politik basiert auf der Überzeugung, dass die Prinzipien und Werte des Christentums in die Politik einbezogen werden sollten, um eine gerechtere und barmherzigere Gesellschaft zu schaffen. In diesem Artikel werden wir uns mit der Notwendigkeit einer christlichen Politik auseinandersetzen und untersuchen, wie sie dazu beitragen kann, die heutigen Herausforderungen zu bewältigen.

Eine christliche Politik basiert auf den Lehren und Werten des Christentums, wie sie in der Bibel und der christlichen Tradition dargelegt werden. Zu diesen Werten gehören Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität, Ehrlichkeit und Integrität. Diese Werte haben eine transformative Kraft, die dazu beitragen kann, das Leben der Menschen zu verbessern und die Gesellschaft zu verändern.

Eine christliche Politik ist notwendig, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. In unserer modernen Gesellschaft gibt es viele Probleme, die auf politischer Ebene gelöst werden müssen. Dazu gehören soziale Ungerechtigkeit, Armut, Diskriminierung, Umweltverschmutzung und viele andere. Eine christliche Politik kann dazu beitragen, diese Probleme anzugehen und zu lösen, indem sie die Werte des Christentums in politische Entscheidungen und Gesetze einbezieht.

Eine christliche Politik kann auch dazu beitragen, die Moral und die ethischen Standards in der Politik zu verbessern. In der heutigen politischen Landschaft herrscht oft eine Atmosphäre der Korruption, der Lügen und der Ungerechtigkeit. Eine christliche Politik kann dazu beitragen, diese Missstände zu beseitigen, indem sie auf den Werten des Christentums basiert, die Integrität, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit fördern.

Eine christliche Politik kann auch dazu beitragen, eine Kultur des Friedens und der Versöhnung zu fördern. Das Christentum lehrt uns, unseren Feinden zu vergeben und für den Frieden zu arbeiten. Eine christliche Politik kann dazu beitragen, diese Lehren in politischen

Entscheidungen und Verhandlungen anzuwenden, um Konflikte zu lösen und eine Kultur des Friedens und der Versöhnung zu fördern.

Es gibt jedoch auch Kritiker einer christlichen Politik, die behaupten, dass sie eine Verletzung der Trennung von Kirche und Staat darstellt. Diese Kritiker argumentieren, dass Religion und Politik getrennt sein sollten, um die Freiheit und die Rechte aller Bürger zu schützen. Während es wichtig ist, die Trennung von Kirche und Staat zu respektieren, bedeutet dies nicht, dass christliche Werte und Prinzipien in der Politik keine Rolle spielen sollten.

Insgesamt ist eine christliche Politik notwendig, um die heutigen Herausforderungen zu bewältigen und eine gerechtere und barmherzigere Gesellschaft zu schaffen. Eine christliche Politik kann dazu beitragen, die Werte des Christentums in politische Entscheidungen und Gesetze einzubringen.

Die Tatsache, dass ein Chatbot solche Artikel in kürzester Zeit schreiben kann, wird vermutlich viele Berufe nachhaltig verändern. Ergänzend dazu möchte ich noch von einer weiteren Kommunikation berichten, die ich mit diesem Chatbot hatte: Auf die Frage, wer die größte Online-Plattform christlicher Unternehmer sei, antwortete er mir mit „Christliche Unternehmen e.V.“ und einer Kurzbeschreibung der Geschichte des Vereins. Als ich ihn nach den Teilnehmerzahlen fragte und ihn auf die Christliche Kooperationsbörse verwies mit nachweislich 1913 Teilnehmern (Stand 06.03.23), entschuldigte er sich bei mir für seine unpräzise Antwort und bestätigte die CKB als größte Online-Plattform in diesem Bereich, ergänzte aber noch, warum er Christliche Unternehmen e.V. benannt hatte.

Ich ergänze diese Kommunikation, weil sie neben der Fähigkeit, Artikel zu schreiben, auch seine „Lernfähigkeit“ aufzeigt. Keinesfalls möchte ich hier Werbung für diesen Chatbot betreiben, zumal es naheliegend ist, dass damit noch weitere Daten von uns gesammelt werden, als es bisher ohnehin schon geschieht. Meine Intention ist nur, unsere Mitglieder darüber in Kenntnis zu setzen. Für mich persönlich war diese erste „Begegnung“ faszinierend und erschreckend zugleich.

Gott segne und beschütze Sie und Ihre Familien.

Frank Brandenburg

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Umkehr zum Frieden



Deutschland und weitere Länder haben der Ukraine Kampfpanzer zugesagt, und die ukrainische Regierung fordert weitere schwere Waffen. Die Lieferung von Kampfjets wird von Bundeskanzler Scholz und US-Präsident Biden abwechselnd erwogen und ausgeschlossen. Bundesaußenministerin Baerbock wird von verbalen Missgeschicken verfolgt und spielt mit dem Feuer. Bündnis C fordert, Deutschland verteidigungsfähig zu machen und mit allen Mitteln Frieden mit Russland zu suchen. Wo dafür kein Weg zu sein scheint, erinnern wir an den Herrn der Geschichte, von dem alle Hilfe kommt.

Ein Jahr nach Beginn der Invasion Russlands in der Ukraine stehen die Zeichen auf Eskalation. Russlands Präsident Putin erklärte in seiner Rede zur Lage der Nation am Tag vor Aschermittwoch seine Pläne für die besetzten Gebiete der Ukraine. US-Präsident Biden beschwor am selben Tag in Warschau den Sieg, die Freiheit, die Einheit des Westens und bereitete Europa und die NATO auf ein weiteres Kriegsjahr vor. Der ukrainische Präsident fordert neue Waffen, während die Frontlinien sich kaum bewegen und beide Seiten furchtbare Verluste zu beklagen haben. Ein militärischer Sieg ist nicht in Sicht, Verhandlungen, die Leben retten könnten, werden abgelehnt.

Keine Ausweitung des Krieges

Seit Jahresbeginn läuft die europäische und die NATO-Politik auf eine Ausweitung des Krieges zu. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Südkorea aufgefordert, sein Exportverbot von Waffen in Konfliktgebiete aufzugeben, und mobilisiert weitere Staaten außerhalb der NATO, Waffen an die Ukraine zu liefern. Die USA üben Druck auf Israel aus, die Ukraine militärisch zu unterstützen, entgegen ihren eigenen Sicherheitsinteressen gegenüber Russland in Syrien. Russland hat eine der führenden Rüstungsindustrien, hat zudem auf Kriegswirtschaft umgestellt und militärische und wirtschaftliche Verbündete wenigstens in Nordkorea, dem Iran, China und Indien. Ist dieser Krieg mit den aufgefahrenen Geschützen – sei es wirtschaftlich oder militärisch – zu gewinnen? Oder sind es hilflose Versuche von Weltmächten, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, die eher zum Flächenbrand für die Ukraine und darüber hinaus führen?

Eine Feststellung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, dass Deutschland nach dem Völkerrecht mit Waffenlieferungen nicht zur Kriegspartei wird,¹ dürfte für Russland wenig relevant sein, das bekanntlich sein eigenes Verständnis internationalen Rechts hat und eher auf das Recht des Stärkeren

¹ <https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e-0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

setzt. Wenn Außenministerin Baerbock vor dem Europarat unüberlegt öffentlich verkündet, dass Deutschland Krieg gegen Russland führt, ist das gegen das vorgegebene Narrativ, trifft aber für den Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland zu und befeuert die rhetorische und militärische Eskalation.

Verteidigungsfähigkeit herstellen

Obwohl seit einem Jahr Waffen im Wert von etwa einer Milliarde Euro aus den ohnehin unzureichenden Beständen der Bundeswehr an die Ukraine geliefert wurden, hat das Verteidigungsministerium kaum Rüstungsgüter nachbestellt.² Die Bundesregierung hat 100 Milliarden Euro kreierte, um Deutschland verteidigungsfähig zu machen, von denen bisher fast nichts investiert wurde. Sind das alles bürokratische Versäumnisse der zurückgetretenen Bundesverteidigungsministerin oder fehlender politischer Wille der SPD-Führung? Nachbestellungen für Panzer und schwere Waffen bei der Industrie haben jahrelange Lieferzeiten und die Rüstungskonzerne produzieren Bestellungen der Ukraine. Wie kann Deutschland einerseits mit immer mehr Waffenlieferungen in die Kriegsgebiete riskieren, von Russland als Kriegsgegner gesehen zu werden, und gleichzeitig sich selbst und die Bundeswehr weiter entwaffnen?

Bundeskanzler Scholz beteuert, dass er die Sicherheit Deutschlands bei den Entscheidungen über Waffenlieferungen immer im Blick habe, dass es keinen Überbietungswettbewerb geben darf und keine Eskalation, die zu einem Krieg zwischen Russland und Nato-Staaten führt. Es muss in den zunehmenden Gefahren jedoch die Voraussetzung für äußere Sicherheit geschaffen werden mit eigener Verteidigungsfähigkeit. Als wehrloses Lamm auf der Schlachtbank zu enden, wäre kein altruistisches Opfer für die Ukraine und Europa, sondern das Ergebnis von Unwillen und Versagen deutscher Verteidigungspolitik. Europa wird allenfalls mit eigener wirtschaftlicher und militärischer Stärke verteidigt.

Als Christen zwischen den Fronten stehen

Gleichzeitig scheitern Panzerallianzen, bringen Recherchen Licht in die Sprengung der Nordstream-Pipelines, wird Kriegstreiberei offenbar. Als Christen wissen wir, dass die westlichen Partner nicht „Verbündete des Lichts“ sind, wie Biden in Warschau proklamierte, die gegen die alleinige Finsternis Russlands stehen, sondern dass Licht und Finsternis quer durch unsere Herzen und die Welt gehen, zwischen Leben und Tod.

² <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/lambrecht-hat-nachbestellungen-fuer-die-ukraine-weitgehend-versaeumt-18631900.html>

Gerade haben mir lettische Christen ein Video gezeigt vom Jahrestag des Kriegsbeginns, an dem die Regierung eine Putin-Skulptur aufstellte mit Nägeln dazu für die Bevölkerung, um sie dem Aggressor einzuschlagen – in einem Land mit etwa zur Hälfte russischen Mitbürgern. Für die Christen ist klar, dass ihr Auftrag ist, in diesem Anheizen von feindlichen Fronten Frieden zu stiften. Keiner von ihnen will wieder russische Truppen im Land. Aber wer Hass sät, wird Krieg ernten auch ohne Putin.

Was ist der Ruf an den Westen mit diesem Krieg, in dem die Ukraine als das christlichste Land Europas so geschunden wird? Was ist unser Auftrag als Christen darin jenseits vom Verteufeln Russlands und Vergöttern der USA? Beim deutschlandweiten Friedensgebet am Jahrestag des Kriegsbeginns gaben ukrainische Pastoren Zeugnis von den Wundern, die sie in allem Leiden erleben: Engel zum Schutz vor Angriffen, Wunder der Rettung und Versorgung. „Als Christen sollten wir nicht nur die Nachrichten konsumieren, sondern sie kreieren. Mit unseren Gebeten schreiben wir Geschichte“, war ihr Fazit. Treten wir mit Jesus zwischen die Mächte der Finsternis, die sich feindlich gegeneinander erheben, und beten täglich den Aaronitischen Segen über der Ukraine (4Mose 6,24-26).

Frieden suchen

Wer Putin als unberechenbar einschätzt, muss alles zur Deeskalation tun mit internationalen Partnern und Gegnern, statt weitere Nationen in den Krieg zu ziehen. Deutschland ist aus seiner historischen Verantwortung heraus in der Pflicht, mit allen Mitteln Frieden mit Russland zu suchen, und damit die Priorität in der europäischen Politik zu setzen, um nicht die Geschichte des letzten Jahrhunderts zu wiederholen. Wer dafür keinen Weg sieht, wird von den ukrainischen Christen daran erinnert, dass vom Herrn der Geschichte alle Hilfe kommt. Es ist Zeit zur Umkehr, wo Europa glaubte, Ihn nicht mehr zu brauchen. Der Weg zum Frieden ist für Europa Umkehr zu Gott.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Weltklima – Fluch oder Segen?

Die Beschlüsse der Klimakonferenz in Scharm Al-Scheikh im November 2022 sind hinter den Zielen vor allem der EU-Staaten zurückgeblieben. Ob das für die Welt besser oder schlechter ist, ist eine Frage der Perspektive. Der folgende Beitrag schaut aus biblischer Sicht auf die Klimaveränderungen und was unsere Verantwortung darin ist.

Die EU wollte bei der Weltklimakonferenz im November das Erderwärmungsziel von 1,5 Grad bis zum Jahrhundertende zementieren und ihr bereits existierendes Programm zur Einhaltung, Verschärfung und Kontrolle der nationalen Minderungsbeiträge der Industriestaaten der Welt verbindlich auferlegen, zugeschnitten auf alle Wirtschaftssektoren. In die Abschlusserklärung schaffte es nur das Zurückfahren der Kohleförderung, Gas und Öl werden nicht erwähnt. Außerdem soll ein Finanzfonds eingerichtet werden für Kompensationen für Verluste und Schäden durch den Klimawandel in ärmeren Ländern, für die ebenfalls die EU eine historische Verantwortung bei sich sieht. China, die USA und Indien als wirtschaftliche Schwergewichte verhinderten neben den Ölstaaten ambitioniertere Beschlüsse, um Schaden von ihrer Wirtschaft abzuwenden. China schaffte es sogar erneut, als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt seinen Status als Schwellenland und damit Empfänger westlicher Hilfen zu erhalten.

Verliert die Welt damit kostbare Zeit, um den Klimawandel zu stoppen, wie Bundesaußenministern Annalena Baerbock resümierte?

Die Erde gehört Gott, der sie geschaffen hat (Psalm 24,1f). Die Schöpfung selbst weist auf den Schöpfer hin (Römer 1,19f). Er hat sie dem Menschen zur Verwaltung anvertraut. Der Auftrag an den Menschen lautet im Schöpfungsbericht der Bibel nach 1Mose 1,28: „Seid fruchtbar und mehrt euch, füllt die Erde und unterwerft sie und waltet über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, ...“ Damit ist zuerst gesagt, dass der Mensch gerufen ist zu leben, und zwar in Verbundenheit mit der Schöpfung. Wer den Menschen und seinen „ökologischen Fußabdruck“ als größtes Problem für das Weltklima sieht und deshalb Kinder vermeiden will, schwingt sich zum Herrn über Leben und Tod auf und gleitet in eine menschenfeindliche Ideologie ab.



Mit dem Schöpfungsauftrag ist keine rücksichtslose Ausbeutung gemeint, sondern verantwortliche Haushaltung über allem, was lebt und dem Leben dient: Menschen, Tiere, Pflanzen, Wasser, Boden, Bodenschätze. Die Klimaforschung macht vor allem fossile Brennstoffe für die Erderwärmung verantwortlich, deren Gebrauch nach politischen Vorgaben reduziert und beendet werden soll. Im Bild der Schöpfung sind Kohle, Gas und Öl gute Gaben Gottes, nützlich für die Produktion von Energie und zahlreichen Produkten zur Versorgung der Menschen. Sollte Gott gesagt haben, dass wir sie nun nicht weiter nutzen dürfen? Zweifellos ist alles eine Frage des Maßes, nicht der skrupellosen Gier und Verschwendung, sondern des maßvollen Gebrauchs. Alle Stoffe können zu Schadstoffen werden. Was Gift ist, bestimmt die Dosis. Deshalb ist es zynisch, wenn die westlichen Industriestaaten, die bisher an vielen Orten der Welt Raubbau an Rohstoffen betrieben haben, nun mit Klimavorgaben ärmeren Völkern vorschreiben wollen, dass sie ihre lebenspendenden Rohstoffe nicht mehr verwenden dürfen. Ironischerweise sind es vor allem nicht christlich geprägte Staaten, die das aus vernünftigen Gründen ablehnen, um die Versorgung ihrer gerade die Schwelle von Hunger und Armut verlassenden Bevölkerung nicht erneut zu gefährden.

Auch die europäische Wirtschaft und Versorgung wird durch das Verteufeln fossiler Energie gefährdet. Wenn die EU als Treiber der Verhandlungen auf die Beschleunigung der Treibhausgasreduzierung und die Abwahl fossiler Brennstoffe drängt, dann tut sie das im trügerischen Vertrauen auf ihre Wirtschaftskraft. Der Ausbau erneuerbarer Energien wie sämtliche baulichen Klimamaßnahmen werden jedoch begrenzt durch die reduzierte Kapazität an jungen Menschen und Fachleuten, und es sollte damit vor allem eine

funktionierende Infrastruktur erhalten und modernisiert werden.

Ob Hitze und Dürre, Überschwemmungen und Stürme Begleiterscheinungen eines Klimawandels sind, ist nicht zu beweisen. Wetterphänomene hat es immer gegeben. Der Mensch der Bibel weiß sich darin von Gott abhängig (Hes 38,19ff), statt sich anzumaßen, Naturereignisse abwenden zu können. Der WWF monierte, die Klimakonferenz in Scharm el-Scheich konnte sich „... nur auf einen Durchbruch bei der Behandlung der Symptome einigen, nicht aber darauf, die Ursache abzustellen.“¹ Vielleicht hat sich genau da die Vernunft durchgesetzt, dass wir als Menschen die Ursache für Klimaveränderungen nicht abstellen können, aber sehr wohl vorsorgen, dass die Auswirkungen dieser Veränderungen auf das Leben der Menschen und der Umwelt abgefedert werden, wo Schutzmaßnahmen nötig und möglich sind. Wenn der beschlossene Finanzfonds für Katastrophenschutz und -hilfe eingesetzt wird, ist vor allem ärmeren Ländern geholfen.

Der Mensch ist in Beziehung zu Gott, seinem Mitmenschen und zur Schöpfung gestellt und verantwortlich. Wo er die Reihenfolge umkehrt, den Menschen der Schöpfung unterwirft statt dem Schöpfer, kann ihm am Ende niemand mehr helfen außer ihm selbst. Die Klimakonferenz hat einmal mehr gezeigt, dass das Ideal der Weltgemeinschaft unter widergöttlichen Vorzeichen zum Scheitern verurteilt ist. Ein Kipppunkt ist bereits jetzt im zwischenmenschlichen Ökosystem des Westens erreicht, wo Teile der jungen Generation sich gegen die Eltern wenden und gegen den Wohlstand, den sie geschaffen haben. Das geschah allzu oft auf Kosten vernachlässigter Kinder und ärmerer Länder, wofür wir als Elterngeneration Verantwortung übernehmen, umkehren, die Kinder um Vergebung bitten und beziehungsorientierte Formen des Wirtschaftens finden müssen. Eine junge Generation, die das Erbe der Eltern zerstört, sägt hingegen den Ast ab, auf dem sie sitzt, und stürzt nicht nur die verhassten Alten, sondern sich mit ins Chaos. Die Krise unserer Zivilisation kann nur im Miteinander der Generationen bewältigt werden, wie Gott der Herr in Maleachi 3,23f spricht: „Siehe, ich will euch senden den Propheten Elia, ehe der große und schreckliche Tag des HERRN kommt. Der soll das Herz der Väter bekehren zu den Kindern und das Herz der Kinder zu ihren Vätern, auf dass ich nicht komme und das Erdreich mit dem Bann schlage.“

¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/klimakonferenz-cop27-die-ergebnisse-im-ueberblick-18474245-p3.html>

Zwischenmenschlicher Zerbruch, Kriege zwischen Nationen und Verführung zur Ungerechtigkeit sind die eigentlichen Herausforderungen unserer Zeit, wo die Liebe in Hass und Polarisierung aufgerieben wird und in vielen erkaltet (Matthäus 24,4-12). Es ist keine (Klima-) Gerechtigkeit, sondern Unrecht, Machtgier und Maßlosigkeit, mit rigiden Klimamaßnahmen die Lebenden Armut und Tod auszuliefern, um vermeintlich das Leben zukünftiger Generationen zu retten. Das Ökosystem der Schöpfung und des Klimas hängt nicht an einem vorgegebenen Ziel von 1,5 Grad Erderwärmung, sondern steht unter der Zusage Gottes: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“ (1Mose 8,22). Nicht dem Menschen, sondern dem Schöpfer gehorchen Wetter- und Klimaphänomene (Markus 4,41).

Im Vertrauen darauf heißt besonnene Haushalter-schaft, die vorhandenen Ressourcen unserer Welt maßvoll zu nutzen und Anpassungsmaßnahmen in Verbundenheit mit der Schöpfung zu entwickeln. Eine beziehungsorientierte Wirtschaft, in deren Fokus nicht nur Gewinnmaximierung, sondern die Beteiligung aller Interessengruppen einschließlich der Umwelt steht, beendet Raubbau an der Natur inklusive. Dazu gehört auch ergebnisoffene wissenschaftliche Forschung, die neue, umweltfreundlichere Technologien erschließt wie Wasserstoff und Brennstoffzellen, anstatt politisch die Ergebnisse vorzugeben.

Das tun wir, solange die Erde besteht. Nach der Bibel hat unsere Welt mit der Schöpfung einen von Gott gesetzten Anfang und ein Ende mit der Wiederkunft Jesu (Matthäus 24,35). Deshalb sind Klimavorgaben bis zum Ende des Jahrhunderts unseriöse menschliche Hybris. Wir lesen in Römer 8, dass die Schöpfung der Vergänglichkeit unterworfen ist und leidend darauf wartet, dass die Kinder Gottes offenbar werden. Es ist unsere Aufgabe als Christen, das geistliche Vakuum der Klimadiskussion zu füllen, der wir uns mit Bündnis C stellen: nicht in Verführung durch neue Gebote zur Klimagerechtigkeit, wie sie Religionsführer im Namen eines falschen Elia (Matthäus 24,4f) am Rande der Weltklimakonferenz auf dem Sinai verkündeten,² sondern in der Ausrichtung an den universellen Geboten Gottes, wie Er sie auf dem Berg Sinai dem Volk Israel und den Nationen gegeben hat.

Karin Heepen

Bundesvorsitzende Bündnis C

² <https://climaterepentance.com/the-spiritual-principles/principles-with-practical-recommendations/>

Lützerath: Die grünen Zauberlehrlinge entmachten

Das Dorf Lützerath ist geräumt und die Besetzungen gehen weiter. Wenn ideologisch hehre Ziele Straftaten rechtfertigen, wird aus dem Rechtsstaat Anarchie und die Staatsgewalt ist bankrott. Bündnis C fordert insbesondere die grüne Partei auf, die Geister in die Schranken zu weisen, die sie gerufen hat, und deren Terror das Land nun nicht mehr los wird.

Alle etablierten Parteien wollen das Klima retten und Deutschland soll Vorreiter sein. Mit dem Narrativ des durch CO2 verursachten Klimawandels und dem Imperativ, den Wandel stoppen zu müssen, hat die deutsche Politik Untergangsszenarien, Existenzängste und ultimativen Handlungsdruck provoziert. Eine wissenschaftlich seriöse Debatte wird nicht nur unterbunden, sondern im Bildungssystem von plumpen Vereinfachungen und diskussionsfreien Handlungsgeboten ersetzt. Die Medien befeuern apokalyptische Visionen, schwingen die Moralkeule gegen vermeintliche Klimasünder und machen die Industrie, Energieerzeuger, Bauern und Verkehrsträger zu Zielscheiben von Stigmatisierung und Gewalttacken.

Wen wundert es, dass Kinder, Jugendliche und mäßig gebildete Menschen meinen, die Welt vor dem Untergang und zuerst vor blinden und trägen Zeitgenossen und deren politischen Versäumnissen retten zu müssen? Dass die ihnen eingebläuten Ablaufdaten für die

Rettung des Planeten keinen Aufschub und erst recht keine Achtung von Eigentum, Gesetzen oder gar deren Vollstreckern dulden? Bereits 2020 forderten Greta Thunberg und Luisa Neubauer in einem offenen Brief an die Regierenden der EU die Abkehr von demokratisch verfasster Marktwirtschaft in Europa. Die jetzigen Besetzer fordern die Enteignung von RWE und leben offensichtlich wieder in den Vorstellungen eines – diesmal ökologischen – Sozialismus, der eben auch mit Gewalt durchgesetzt werden muss, wie es sozialistischen Revolutionen eigen war und ist.

Es ist nicht zu erkennen, dass eine der etablierten Parteien gewillt ist, das Klima-Narrativ auch nur ansatzweise zu relativieren und in einer ganzheitlich nachhaltigen Gesellschaftsvision einzuordnen. Im Gegenteil gibt es aus den Reihen aller Verständnis für die widerrechtlichen Aktionen der Aktivisten und jedenfalls keine Entschlossenheit, die ideologisch festgezurrten Bandagen zu lösen und Vernunft in die Debatten zu bringen:

Deutschland wird nicht das Weltklima retten und kann auch den Rest der Welt nicht dazu verpflichten. Wenn die jetzigen Klimaextremisten an der Macht sind und Deutschland zur CO2-freien Diktatur gemacht haben, wird es dem Tod näher sein als dem Leben, wie es die Diktaturen dieser Welt immer waren und sind. Wir fordern besonders die Grünen auf, ihrer Regierungsverantwortung gerecht zu werden und dem zum „Unwort des Jahres 2022“ entschuldeten Klimaterrorismus den ideologischen Boden geschürter Endzeitangst und menschlicher Hybris zu nehmen, damit ihre Zauberlehrlinge nicht weiter das Land verwüsten.

Und wir erinnern an den einzigen Meister, der diesen verirrt Seelen und unserer Welt Wiederherstellung, Zukunft und Frieden geben kann: den Schöpfergott der Bibel, dem auch die außer Rand und Band geratenden Geister Untertan sind. Siehe Goethe.

(Pressemitteilung 19.01.2023)



Anarchie in der Silvesternacht – ein Integrationsproblem?

Solche Bilder kenne ich aus den 68ern, den Studentenrevolten. Heute regieren uns die Kinder und Enkel dieser Generation. Allerdings sind es nicht ihre eignen Kinder, die das Establishment bekämpfen, sondern Menschen, die hier angeblich eine neue Heimat finden wollen. Ein Feuerwehrmann vor der Kamera kann das nicht mehr verstehen. Er hat selbst Migrationshintergrund, kämpft, wie er sagt, solange er denken kann, für Anerkennung. Nun fehlen ihm die Worte.

Ich bin in diesem Land geboren, kenne Demokratie, muss aber jetzt feststellen, dass dieses System ausgenutzt wird, für undemokratische Ziele. Das ist das Ergebnis einer Beliebigkeit: Alles ist erlaubt, ja es wird sogar von Regierenden gefördert mit Regularien und Gesetzen, die Recht und Ordnung außer Kraft setzen. Interviews zu Reaktionen auf die Randalen offenbaren erschreckend wenig Unrechtsbewusstsein dafür, dass Ordnungskräfte und Sanitäter nicht angegriffen werden dürfen. Was funktioniert da nicht mehr?

Ja, mit der Integrationspolitik muss etwas geschehen. Es kann nicht angehen, dass ein Flüchtling bei uns Monate auf einen Deutschkurs warten muss. Es kann nicht angehen, dass es Jahre dauert, dass eine Arbeitserlaubnis erteilt wird. Was machen diese Menschen in der „Wartezeit“, die sie auch noch bezahlt bekommen? Langeweile ist für jede mögliche Abwechslung gut, bestimmt nicht immer zum Vorteil der Gesellschaft.

Aber bei den Silvesterrandalierern handelt es sich nicht ausschließlich um ein Integrationsproblem von Ausländern. Die Bundesregierung plant eine Reform der Arbeitserlaubnis. Ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild soll es Ausländern aus Nicht-EU-Ländern erleichtern, zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Für eine „Chancenkarte“ werden bestimmte Kriterien für Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse im Gesetzentwurf festgelegt. Außerdem sind weitere Erleichterungen für einreisende Fachkräfte vorgesehen, so dass der Arbeitsminister jährlich 75 000 Arbeitsmigranten zusätzlich einplant. Diese Fachkräfte sollen mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in ihrem Herkunftsland mitbringen, der Berufsabschluss soll zwar nicht formal anerkannt werden aber dennoch. Eine weitere Voraussetzung ist ein monatliches Mindestgehalt von 2 224 Euro brutto für die aufzunehmende Arbeit. Besondere Bevorzugung bei der Zulassung sollen Arbeitsmigranten aus



dem Westbalkan erfahren. Die Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit entfällt. Ebenso plant der Minister eine Kurzzeitbeschäftigung ähnlich wie die Regelung für türkische Gastarbeiter im letzten Jahr, die vorübergehend auf Deutschlands Flughäfen ausshelfen sollten.¹

Warum wird ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz dieser Art kein Integrationsproblem lösen?

Erstens ist es ethisch unverantwortlich, weil damit ärmeren Ländern teuer ausgebildete Fachkräfte abgeworben werden. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger formuliert kennzeichnend dafür eine Haltung, die Menschen als Humankapital kalkuliert und die keine guten Früchte bringen wird: „Wir brauchen Menschen, die uns helfen, unseren Wohlstand in diesem Land zu bewahren.“²

Zweitens geht es an der Integration von Flüchtlingen vorbei, die bereits hier sind und die noch ungebeten kommen werden und keine Fachkräfte sind. Es gibt genügend Stellen, wo Hilfskräfte erforderlich sind. Fehlende Sprachkenntnisse werden bereits durch entsprechende Apps auf den Handys ersetzt. Deutsch lernt man am besten, wenn man die Sprache anwendet, und das kann man besonders gut am Arbeitsplatz.

Dass Arbeit für Migranten in Deutschland nur bedingt möglich ist, ist einfach eine Ausrede. Es scheitert an den komplizierten, behördlichen Vorgaben und zu guter Bezahlung fürs Nichtstun. Wenn Arbeit für noch nicht angekommene Fachkräfte erleichtert werden soll,

1 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/fachkraefteeinwanderungsgesetz-2146480>

2 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fachkraefte-zuwanderung-punktesystem-chancenkarte-100.html>

muss es auch möglich sein, Menschen, die bereits hier im Lande sind, in Arbeit zu bringen. Und das gilt nicht nur für ausländische, sondern erst recht für inländische Bürger. Wir können es uns nicht leisten, unsere Schulabgänger in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Denn jedem Menschen, der keine sinnvolle Tätigkeit verrichten kann, fehlt mindestens in dieser Hinsicht eine Erfüllung. Wir wollen Menschen nicht zu Leistungsempfängern erziehen, sondern sie zu Leistungsträgern motivieren und Freude an Arbeit zu haben. Soziale Brennpunkte und Vandalismus sind nicht nur eine Integrationsfrage von Ausländern, sondern auch eine Bildungs- und Integrationsfrage von Schülern und jungen Menschen unseres Landes. Es sind vor allem die Bildungs- und Arbeitslosen, die solche Krawalle wie in Berlin veranstalten.

Deutschland kann nicht mit fertigen Fachkräften von anderswo rechnen, sondern muss die Bildungswege gehen, die es vormals erfolgreich gegangen ist: mit ethischen Leitlinien, für die sich die 10 Gebote eignen,

in den Familien, die ihre Kinder danach erziehen, mit Schulen, die solides Wissen vermitteln, und Berufsausbildung, die für den Platz in der Gesellschaft vorbereitet.

Hier gilt es anzusetzen und Lösungen zu erarbeiten für das Wohlergehen der nächsten Generationen und der Gesellschaft.

Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Verkehrung der Grundrechte

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission soll die Streichung des Abtreibungsrechts aus dem Strafgesetzbuch prüfen. Der französische Senat hat den Weg freigemacht, um in der Verfassung Frankreichs die „Freiheit, eine Schwangerschaft zu beenden“ zu verankern. Im Jahresbericht der EU zu Menschenrechten und Demokratie

kommt das Recht auf Leben nicht vor. Und die WHO fordert eine vollständige Entkriminalisierung von Abtreibung weltweit. Bündnis C warnt vor der Definition von Abtreibung als Menschenrecht und mahnt die Umkehr zu einer reproduktiv gesunden Gesellschaft an.

Fachkräftemangel überall, und man sollte meinen, dass dem gesunden Menschenverstand die Ursache augenfällig ist: die Generation der Babyboomer hat eine boomende Wirtschaft aufgebaut, aber sich nicht reproduziert. Kinder kamen in den Wohlstandsplänen zu wenige vor, und jetzt fehlen sie. Die fragwürdige Vorhersage, dass die Digitalisierung Millionen Arbeitsplätze vernichten und Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen würde, ist verstummt. Die Politik will mit Zuwanderung Abhilfe schaffen. Bayerns Ministerpräsident Söder merkt aber gerade auf seiner Abwerbetour in Albanien und Rumänien, dass andere Länder ihre Kinder nicht für Deutschland großziehen und ausbilden. Daran wird auch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampelregierung scheitern.





Größe der Babys Lebensmodelle:
7, 8, 9, 10 und 12 Wochen nach der Empfängnis

Wieso steuert die Politik nicht bei der eigentlichen Ursache des Mangels um mit einer familienorientierten Politik, die motiviert, Kinder zu haben? Stattdessen treiben Europa und die UN eine Agenda voran, Abtreibung als Menschenrecht zu etablieren. Nicht das grundlegende Recht des Kindes auf Leben, sondern das der Mutter auf Selbstbestimmung wird zur Priorität erhoben. Die deutsche Familienministerin will nach dem Werbeverbot für Abtreibungen § 218 aus dem Strafgesetz streichen, und Abtreibung soll Gesundheitsversorgung werden. Einem initialen Vorschlag des französischen Präsidenten Macron folgend, befürwortete das Europaparlament im Juli 2022, ein Recht auf sichere und legale Abtreibung in die Europäische Grundrechtecharta aufnehmen, obwohl es für Gesundheitspolitik nicht zuständig ist. Der Abtreibung verschleiernde Begriff der „reproduktiven Gesundheit“ wird seit den 1960er Jahren von der UN mit Familienplanung verknüpft und seit der Weltbevölkerungskonferenz 1994 als Instrument zur Bevölkerungskontrolle gebraucht.

Wenigstens in den westlichen Industriestaaten hat die Agenda der Bevölkerungsreduktion funktioniert – mit absehbaren Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs, wie wir ihn jetzt erleben. Kinder sind jedoch nicht nur Humankapital für die Wirtschaft, sondern zuerst und vor allem der Motor für eine lebendige Gesellschaft, für eine Kultur des Lebens statt einer Agenda des Todes, die neues Leben verhindern will.

Während diese Agenda in Deutschland, Europa und weltweit politisch weitergetrieben wird, keimt Hoffnung auf, weil immer mehr Ärzte und Kliniken keine Abtrei-

bungen mehr durchführen wollen. Sie berufen sich auf Wissensgründe, dass ihr Beruf sie verpflichtet, Leben zu retten statt zu töten. Die von der 68er sexuellen Revolution ideologisierte Ärztegengeneration geht in den Ruhestand, deshalb will die Ampelregierung Abtreibungen in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung vorschreiben. Wer Ärzte gegen ihr Gewissen verpflichten will, gefährdet damit aber die Gesundheitsversorgung, statt sie inklusive Abtreibung sicherzustellen.

Eine Manipulation der Menschenrechte nach eigenen ideologischen Maßstäben verkehrt diese in ihr Gegenteil, wie es der Jahresbericht 2022 zu Menschenrechten und Demokratie des Europaparlaments tut. Es „äußert sich weiterhin besorgt über den Missbrauch und die Instrumentalisierung von Religion zur Beförderung von Intoleranz oder der Untergrabung von Menschenrechten, wie der Rechte von LGBTIQ-Personen und der Rechte von Frauen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte sowie der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit von Kindern“.¹

Das Grundrecht auf Leben für Kinder wird hier Plagiaten von Menschenrechten unterworfen, die ihres unverfügbaren Kerns beraubt sind, wie ihn Papst Benedikt XVI. 2011 dem Deutschen Bundestag erklärt hat: „Von der Überzeugung eines Schöpfergottes her ist die Idee der Menschenrechte, die Idee der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, die Erkenntnis der Unantastbarkeit der Menschenwürde in jedem einzelnen Menschen und das Wissen um die Verantwortung der Menschen für ihr Handeln entwickelt worden.“²

Diese Maßstäbe des Rechts zu verteidigen ist das Gebot der Stunde. Bündnis C steht für die Umkehr zu einer Politik, die dem Leben dient, Familien unterstützt, Kinder zu haben und zu erziehen. Reproduktiv gesund kann niemals ein Recht auf Abtreibung sein, sondern eine Politik zugunsten einer reproduktiven Kultur. Selbstbestimmung haben Frauen und Männer über ihre Sexualkontakte, nicht aber über einen dabei gezeugten Menschen. Wir treten dieser Verkehrung der Grundrechte entgegen mit dem obersten Gebot, das Recht auf Leben zu schützen.

(Pressemitteilung 17.02.2023)

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0011_DE.html, Punkt 84

² Rede Papst Benedikts XVI. im Deutschen Bundestag am 22. September 2011

Du sollst nicht töten!

Gewaltverbrechen bisher nicht gekanntes Ausmaß erschüttern Deutschland. In der Ratlosigkeit angesichts des Grauens wird das Bild vom Gutmenschen erschüttert. Bündnis C ruft zur Umkehr zu den Geboten Gottes als Maßstab für Gut und Böse und für den Schutz des Lebens. Wir trauern um die Opfer und beten für die Überlebenden.

Zwei 12- und 13-jährige Mädchen haben ihre Freundin erstochen. Ein Amokschütze tötet Besucher eines Bibelabends bei den Zeugen Jehovas. In einem Zug nach Hamburg werden zwei Jugendliche Opfer eines Messerangriffs und mehrere verletzt. Einige Wochen zuvor ging ein Video viral, wo Jugendliche im Bahnhof Rastatt johlend zwei Mädchen filmen, die auf ein drittes, am Boden liegendes einschlagen und treten ...

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen mit täglich neuen Meldungen von Gewaltverbrechen. Spätestens seit dem Mord der beiden Mädchen an einer Freundin herrschen Trauer und Entsetzen. Bislang vollmundig vortragene politische Lösungen wie das Alter für die Strafmündigkeit herabzusetzen oder schärfere Waffengesetze klingen hohl und werden kein Verbrechen verhindern. Was treibt Kinder zu so einer Tat?

Den meisten Menschen ist noch bewusst, dass sie keinen anderen töten oder verletzen dürfen. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen verschwimmen jedoch zunehmend die Grenzen zwischen Fiktion und Realität. Was in Filmen konsumiert und in virtuellen Spielen trainiert wird, kommt in Existenz. Horror- und Pornofilme in Serie stumpfen Gewissen, Leib, Seele und Geist ab und öffnen sie für das Böse.

Hinzu kommt innere Haltlosigkeit, wo Familien keine klare Orientierung geben, nicht die Grenzen abstecken, innerhalb derer man sich bewegen darf, wo Gut

und Böse nicht nach objektiven Kriterien, sondern nach den eigenen Bedürfnissen definiert werden. Wo es um Leistung und Funktionieren geht, aber nicht das Bedürfnis nach Liebe, Annahme und Gemeinschaft gestillt wird.

Das kultivierte Bild vom Gutmenschen und einer harmonischen, solidarischen, gerechten, friedlich toleranten Gesellschaft bekommt Einschläge, die Fassade des Humanismus wird erschüttert. Dahinter liegen die Trümmer menschlicher Hybris, aber auch die Gebote Gottes, die unsere Kultur human, frei und fruchtbar gemacht haben.

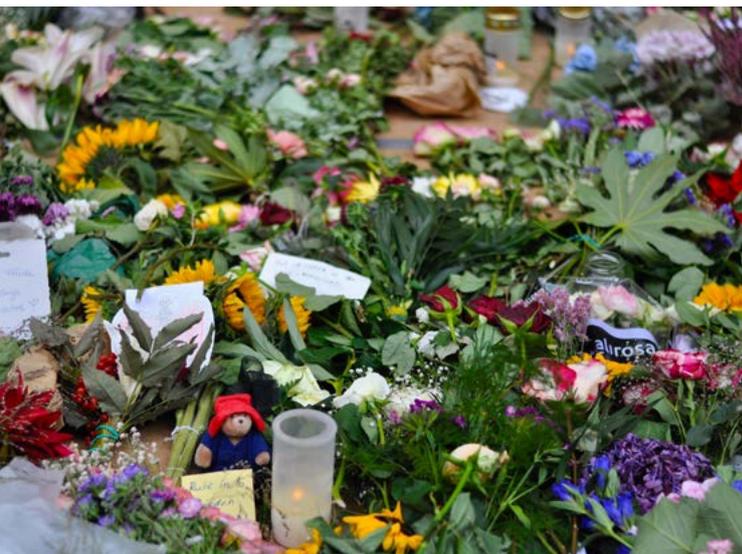
Als Ursache der intellektuellen, geistigen und sozialen Krise Europas sah Papst Benedikt XVI. das Kappen seiner eigenen Wurzeln. *„Wenn in einer ersten Phase der Abwesenheit Gottes sein Licht noch nachleuchtet und die Ordnungen des menschlichen Daseins zusammenhält, so scheint es, daß es auch ohne Gott ganz gut geht. Aber je weiter die Welt sich von Gott entfernt, desto klarer wird, daß der Mensch in der Hybris der Macht, in der Leere des Herzens und im Verlangen nach Erfüllung und Glück immer mehr das Leben verliert. Der Durst nach dem Unendlichen ist im Menschen unausrottbar da.“*¹

Das Verlangen nach Erfüllung und Glück war auch in den Herzen der beiden Mädchen. Dafür sollte eine Freundin ihr Leben lassen. Wer kann solche Verbrechen verhindern?

Eine Familienpolitik, die Eltern ihre Erziehungsverantwortung zurücküberträgt und sie dabei unterstützt, muss dazu beitragen. Die Wurzel dieser Taten ist kein Anlass für politische Bekundungen, sondern für einen Ruf zur Umkehr zu Gott und zu Seinen Geboten. Am Karfreitag gedenken wir des Leidens und Sterbens Jesu Christi, der für uns aus freiem Willen Sein Leben gelassen hat, damit wir frei von Schuld werden. Diese Vergebung bietet er den Tätern an und jedem von uns. Möge Er die Leere der Herzen füllen und den Durst nach Gerechtigkeit und Leben stillen. Und mögen die Opfer bei Ihm das ewige Leben finden ohne Angst und Schmerzen und ihre Familien die Hilfe und den Trost Gottes.

(Pressemitteilung 20.03.2023)

¹ Ansprache von Papst Benedikt XVI. Augustinerkloster Erfurt 23.09.2011



Erziehungsgehalt gegen Kita-Notstand

In Kindergärten und Krippen fehlen Erzieher und bremsen die politischen Pläne der Ganztagsbetreuung. Bündnis C plädiert für die Reaktivierung der Erziehungsverantwortung der Eltern und deren Freisetzung mit einem Erziehungsgehalt.

Kindergärten und Krippen schlagen Alarm. Wie in der Pflege, in den Schulen und mittlerweile fast allen Branchen der Wirtschaft fehlen Erzieherinnen in großem Stil. Während Bund und Länder unbeirrt und mit viel Geld den Ausbau der Ganztagsbetreuung, Rechtsansprüche auf Kita-Plätze und kostenlose Betreuung forcierten, zeigt sich, dass man Erzieher nicht kaufen kann. In den kommenden Jahren werden Millionen Fachkräfte der Babyboomer-Generation sich in den Ruhestand verabschieden. Die Spitze des Eisberges an fehlenden Arbeitskräften ist noch lange nicht erreicht und Nachwuchs fehlt.

Das Bestreben, mittels Fremdbetreuung mehr Mütter auf den Arbeitsmarkt zu ziehen, wird angesichts des Mangels an Betreuungspersonal zum Boomerang. Betreuungseinrichtungen erhöhen den Personalschlüssel oder verkürzen die Öffnungszeiten. Im ersten Fall werden Kitas zu Verwahreinrichtungen, die den ohnehin unrealistischen Anspruch einer individuellen Zuwendung für jedes Kind konterkarieren. In beiden Fällen fordert der qualitative oder quantitative Mangel Eltern heraus, für die Betreuung ihrer Kinder wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen – freiwillig ihrem Kind zuliebe oder gezwungenermaßen. Ein weiterer Effekt ist, dass fehlende Kita-Plätze Mütter faktisch zwingen, ihre Kleinkinder länger zuhause zu betreuen.

In der Politik ist bislang kein Umsteuern zu erkennen. Während erfolglose Werbekampagnen für Erzieher propagiert und Abstriche an den Betreuungsstandards gemacht werden, regeln Angebot und Nachfrage in ersten Schritten das Verhältnis von häuslicher und Fremdbetreuung zugunsten der Kinder. Die einseitige, mit Milliardensubventionen forcierte, viel zu frühe und möglichst ganztägige Fremdbetreuung von Babys und Kleinkindern kommt an ihre notwendigen und vorhersehbaren Grenzen. Bereits die Corona-Schließungen waren eine Zäsur und haben die Krisenanfälligkeit kollektiver Betreuungseinrichtungen für Kinder, alte und behinderte Menschen offensichtlich gemacht. Die jetzige Fachkräftekrise geht nicht vorbei und ist auch nicht mit Zuwanderung zu lösen, sondern wird sich dauerhaft verschärfen.

Deshalb ist jetzt die Zeit für ein Umsteuern zu einer kinderfreundlichen und familienorientierten Politik auf allen Ebenen. Eltern müssen motiviert und in die Lage versetzt werden, ihre Kinder zumindest solange in der Familie zu betreuen, wie es richtig und nötig ist. Im Gegensatz zum ein Jahr lang bezahlten Elterngeld und Rechtsansprüchen auf Fremdbetreuung ab dem ersten Geburtstag sind das entwicklungspsychologisch die ersten drei Lebensjahre. Wenigstens für diese entscheidend prägende Zeit der kindlichen Entwicklung fordert Bündnis C ein Erziehungsgehalt für Eltern, weil wegen sinkenden Reallöhnen, steigenden Mieten, hohen Steuern und Sozialabgaben immer weniger Familien von einem Einkommen leben können. Angesichts der fehlenden Ressourcen an Personal müssen sämtliche Subventionen für den weiteren Kita-Ausbau gestoppt und diese Mittel den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Kita-Plätze dürfen nicht gebührenfrei sein, so dass Eltern reale Wahlfreiheit haben, mit einem Erziehungsgehalt selbst für ihr(e) Kind(er) da zu sein oder damit eine Fremdbetreuung zu bezahlen.

Damit werden kurzfristig weniger Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und den Fachkräftemangel in anderen Branchen verschärfen. Langfristig kommt es jedoch allen Branchen zugute, wenn Kinder die Zuwendung, Bildung und Erziehung in ihren Familien erhalten, die für ein gesundes Heranwachsen nötig sind. Deshalb sind auch Unternehmen gefordert, Eltern kinderfreundliche Arbeitszeiten anzubieten statt 24/7 Kitas. Zusätzlich werden Eltern mit einer familienorientierten Politik motiviert, mehr Kinder zu haben. Nur so kann die demografische Krise in 1-2 Generationen eine dann weniger materialistische, aber zukunftsfähige Gesellschaft hervorbringen. Wer weiter nur den Notstand verwaltet, verspielt die Zukunft der Kinder und damit langfristig die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Sozialsysteme. Man kann Krisen nicht mit denselben Mitteln lösen, mit denen man sie herbeigeführt hat.

Bündnis C motiviert Eltern, das Ende der Ganztagsbetreuung als Chance zu ergreifen, mit ihren Kindern auch wochentags wieder Familie zu leben und ihnen einen mit Liebe gepolsterten Start ins Leben zu geben.

(Pressemitteilung 01.03.2023)

Türkische Expansion, Jahrhundertbeben und eine Straße des Friedens

Erneut bombardierte die Türkei seit November 2023 kurdische Gebiete in Nordsyrien und im Irak und kündigte eine Bodenoffensive an. Die NATO schwieg dazu und Bundesinnenministerin Faeser versicherte ihrem türkischen Amtskollegen den Beistand Deutschlands im Kampf gegen den Terrorismus. Bündnis C forderte die Bundesregierung erneut auf, gegen den Völkerrechtsbruch der Türkei bei der NATO zu intervenieren, um den Angriffskrieg zu stoppen. Anfang Februar trafen die verheerenden Erdbeben die Region.

Der türkische Präsident Erdogan nahm den Terroranschlag am 13. November in einer Fußgängerzone in Istanbul zum Anlass, um erneut die kurdischen Autonomieregionen in Nordostsyrien und Kurdistan (Irak) anzugreifen. Schulen, Krankenhäuser, Getreidelager, Ölfelder und Infrastruktur wurden zerstört mit täglich mehr Opfern unter Zivilisten und den syrisch-demokratischen Streitkräften. Zudem wurde durch einen gezielten Angriff auf das Internierungslager Al-Hol IS-Kämpfern die Flucht ermöglicht. Die Türkei hält nach mehreren vorangegangenen Invasionen bereits große Landstriche der Grenzregion besetzt und kündigte eine weitere Bodenoffensive an, vorgeblich um die kurdische Miliz YPG auszurotten, die sie als Arm der PKK sieht.

Weder von Nordsyrien noch vom Irak gingen Angriffe auf die Türkei aus, die den Beschuss rechtfertigen würden oder ein Recht auf Selbstverteidigung. Die kurdischen Autonomieregionen sind kein Terrorstaat, wie Erdogan behauptet, sondern die einzige demokratisch verwaltete Region in Syrien, die Ankara zu zerschlagen versucht. Dass Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock schwiegen und lediglich Bundesinnenministerin Faeser beim Antrittsbesuch bei ihrem Amtskollegen Soyly in Ankara am 22. November die Verhältnismäßigkeit der Angriffe ansprach, heißt nichts weiter, als dass die Bundesregierung die völkerrechtswidrige Aggression billigte.

Die USA haben Erdogan zur Deeskalation aufgerufen, die NATO schwieg, weil sie die Zustimmung der Türkei zum Beitritt Schwedens und Finnlands brauchen. Putin als wichtigster Verbündeter von Syriens Präsident Assad verweigerte Erdogan seine Zustimmung zu einer

Bodenoffensive. Die syrische Armee von Assad verteidigt teilweise mit die Grenze zur Türkei. Sollten das Assad-Regime und Ankara ihre bisherige Feindschaft beilegen, sind die Kurden und deren demokratische Selbstverwaltung akut gefährdet wie auch deren Kontrolle über den IS in der Region. Die Türkei könnte damit ihren Einflussbereich in der Region weiter ausdehnen und die islamistischen Kräfte stärken.

Schutz für Israel

Damit würden nicht zuletzt die Gefahren für Israel vom Norden her weiter zunehmen. Angesichts der gefährlichen Entwicklungen im Nahen Osten wurde Benjamin Netanjahu als erneut regierender Ministerpräsident vor allem als Garant für die Stärke Israels gesehen, steht jedoch mit seiner Regierung seit Amtsantritt mehrfach unter Druck. Die Terroranschläge vor allem in Judäa und Samaria und die Proteste gegen die Justizreform reißen nicht ab. Das iranische Regime ist durch die seit einem halben Jahr andauernden Proteste im Land zwar angeschlagen. Die Revolutionsgarden behaupten jedoch ihre Macht, und Teheran weitet seinen Einfluss vor allem in Syrien und im Irak aus. Der Libanon ist seit Anfang November 2022 ohne Regierung, was der vom Iran gesteuerten Hisbollah Auftrieb gibt, das Machtvakuum zu füllen. Damit wird auch das Abkommen mit Israel über die Seegrenze und die Erdgasvorkommen im Mittelmeer wieder fraglich. Russland und der Iran verfolgen im Krieg in Syrien, gegen die Ukraine und im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan dieselben Machtinteressen. Und die jüngst von China vermittelte Allianz zwischen dem Iran und Saudi-Arabien gibt Teheran Auftrieb und vereitelt gleichzeitig die Hoffnung auf einen baldigen Beitritt der Saudis zu den Abraham-Abkommen mit Israel.

Erschütterung der Erdbeben

Nun trafen seit dem 6. Februar die schweren Erdbeben den Südosten der Türkei und Syrien mit etwa 50 000 Toten und Millionen Obdachlosen. In dem Gebiet lebt ein Völkergemisch, mehrheitlich Kurden, dazu Assyrer, Armenier, Aleviten, Suryanis und andere. Es handelt sich um altes christliches und jüdisches Siedlungsgebiet. Besonders schwer ist Antakya (Antiochien) zer-



stört. Die von den Beben betroffenen Gebiete in Nordostsyrien sind teilweise von islamistischen Gegnern der Assad-Regierung besetzt, teilweise von der Türkei annektiert. Selbst einen Tag nach dem ersten Erdbeben bombardierte die türkische Armee kurdische Stellungen.

Es ist das Zentrum der islamistischen Expansions schläge Erdogans, das von den Erdbeben getroffen wurde. Mit den beiden Kontinentalplatten scheinen sich auch die geistlichen Kräfte zwischen Europa und Arabien erneut zu verschieben. Erdogan verfolgt geopolitisch die Auferstehung des Osmanischen Reichs, das vor 100 Jahren im Juli 1923 unterging – vom Balkan bis nach Nordafrika. Das „Haus des Islam“ wird jedoch seit dem arabischen Frühling, den Kriegen in Syrien und im Jemen, dem Auftreten des IS und nun den Protesten gegen das Mullah-Regime im Iran immer weiter erschüttert. Über die Feindschaft von Sunniten und Schiiten kann auch die von chinesischen Machtinteressen geleitete Annäherung von Saudi-Arabien und dem Iran nicht hinwegtäuschen.

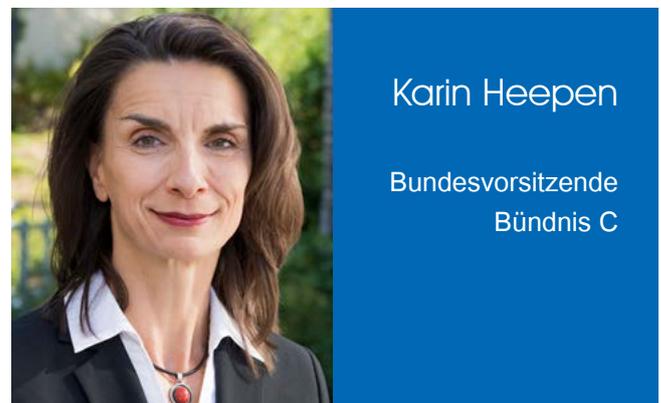
Für Frieden und Versöhnung arbeiten

In Jesaja 19,23-25 ist eine Straße des Friedens vorausgesagt von Ägypten nach Assyrien mit Israel in der Mitte. Arabische Christen und messianische Juden beten und arbeiten seit vielen Jahren für diese Wege der Versöhnung im Nahen Osten. Manche sehen die Abraham-Abkommen als Frucht davon. In allem Elend, Tod und Zerstörung der Erdbeben hören wir auch jetzt Zeugnisse von Verschütteten, die nach mehr als einer Woche aus den Trümmern lebend geborgen wurden, dass eine helle Gestalt kam und ihnen zu trinken gab.

Mit dem China-Coup zwischen dem Iran und Saudi-Arabien verlieren die USA und Europa weiter Einfluss im Nahen Osten. Von eigenen Interessen geleitete Toleranz gegenüber den völkerrechtswidrigen Angriffen der Türkei auf Syrien und den Irak wie auch gegenüber dem Iran und seinen Atomplänen haben den Westen ins Abseits gebracht. Das Machtvakuum füllen Russland und China.

Es ist im Interesse Deutschlands und Israels, Europas und der NATO, weiteren Aggressionen von NATO-Partner Türkei gegen Syrien und den Irak entschieden entgegenzutreten und einen Riegel vorzuschieben. Dazu muss die mindeste Konsequenz seitens der deutschen Regierung der sofortige Stopp sämtlicher Rüstungsexporte an die Türkei sein, damit Nachbarländer nicht mit deutschen Waffen attackiert werden. Gegenüber dem Iran und Saudi-Arabien gilt es für die deutsche Politik, in der zunehmenden Bedrohung umso deutlicher Israel zur Seite zu stehen und allen Akteuren in der Region, die für eine Kultur der Freiheit, für Frieden und Versöhnung arbeiten.

Bündnis C unterstützt den „Frankfurter Appell“ des Vereins Städtefreundschaft Frankfurt-Kobanê e. V. an die Bundesregierung, bei der Türkei, den Vereinten Nationen und der NATO zu intervenieren, um Angriffskriege gegen die Autonomiegebiete von Nord- und Ostsyrien zu beenden. Wir bitten um Spenden für die Erdbebenopfer besonders in Syrien, weil internationale Sanktionen gegen die Assad-Regierung ausländische Hilfe verhindern. Nach zwölf Jahren Bürgerkrieg, Gewalt und Not, dazu Corona und Cholera ist für viele Menschen die Grenze des Ertragbaren überschritten. Helfen wir, die schlimmste Not vor Ort zu lindern und den Überlebenden Zukunft und Hoffnung zu geben. Wir trauern um die Opfer und beten für die Überlebenden.



Israel und die Zwei-Staaten-Lösung



Institutionen wie die UNO und die EU haben sich intensiv für die Verwirklichung eines palästinensischen Staates eingesetzt. Doch trotz eines halben Jahrhunderts finanzieller und diplomatischer Bemühungen ist der Oslo Friedensprozess zum Stillstand gekommen, und die Sicherheitsrisiken sind unvermindert hoch.

Auf Einladung der Sallux ECPM Foundation wurde auf einer Konferenz im Europaparlament am 7. Dezember 2022 eine von thinc. durchgeführte Studie vorgestellt, die die EU-Zwei-Staaten-Politik untersucht, wie sie bisher gescheitert ist und wie es weitergehen kann. Der Bericht zeigt, dass die Gründe für das Scheitern der Zwei-Staaten-Politik konzeptioneller, rechtlicher und praktischer Natur sind und gibt Empfehlungen für einen neuen Ansatz.

Zwei Staaten für zwei Völker?

Der palästinensisch-israelische Konflikt, das Völkerrecht und die EU-Politik

Ein Bericht von Wolfgang Bock und Andrew Tucker, November 2022

Die EU befürwortet die Errichtung eines vollständig souveränen palästinensischen Staates in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und dem Gazastreifen als einzig mögliche Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Diese Politik hat den Test der Geschichte nicht bestanden. Heute ist diese EU-Politik nicht mehr mit den Interessen der EU vereinbar. Die juristische Rhetorik, die sie unterstützt, ist von Doppelmoral geprägt. In diesem Bericht werden die aktuellen Interessen der EU im Nahen Osten neu bewertet und die juristische Rhetorik kritisiert, die die Interessen der EU in den 1970er Jahren gedeckt hat. Der Bericht schlägt einen neuen Weg zum Frieden vor, der mit den rechtlichen, historischen und politischen Realitäten im Einklang steht.

Gründe für das Scheitern

Trotz jahrzehntelanger intensiver Bemühungen der EU, die Dutzende von Milliarden Euro verschlungen haben, gibt es in Wirklichkeit keinen unabhängigen, demokratischen und friedlichen palästinensischen Staat. Es fehlt an demokratischen Regierungsinstitu-

tionen, die palästinensischen Institutionen und die Gesellschaft sind korrupt und radikalisiert. Bedeutende palästinensische Organisationen propagieren weiterhin die Zerstörung Israels und belohnen Anschläge auf und die Tötung von Juden. Der Osloer Friedensverhandlungsprozess endete in der Gewalt der palästinensischen Intifada gegen Israel in den 2000er Jahren. Aufgrund der Sicherheitsrisiken ist ein israelischer Rückzug aus Ostjerusalem und dem Westjordanland derzeit nicht realistisch.

Die EU-Zwei-Staaten-Politik ist gescheitert, weil sie auf drei falschen Annahmen beruht:

- a) konzeptionell, dass es sich bei dem palästinensisch-israelischen Konflikt um einen territorialen und nicht um einen existenziellen Konflikt handelt
- b) rechtlich, dass das Westjordanland zu einem künftigen souveränen palästinensischen Staat gehört
- c) praktisch, dass die Errichtung eines friedlichen, demokratischen, vollwertigen palästinensischen Staates neben Israel machbar ist.

In diesem Bericht werden diese Annahmen kritisiert und Empfehlungen für einen neuen Ansatz gegeben.

Neubewertung der EU-Interessen

Erstens unterscheiden sich die heutigen Interessen der EU im Nahen Osten wesentlich von der Ölkrise in den 1970er Jahren. Es ist erwiesen, dass die Abhängigkeit Europas von den Öleinfuhren aus den Golfstaaten damals seine Nahostpolitik diktierte. Heute sind die Interessen der EU vielfältiger, weniger abhängig vom Öl, die Feindseligkeit der arabischen Golfstaaten gegenüber Israel lässt nach und Israel ist ein wichtiger regionaler Akteur.

Die Abraham-Abkommen beweisen, dass der arabische Frieden mit Israel nicht von der Vorbedingung eines palästinensischen Staates abhängig ist. Befreit von diesem Konzept bieten sich heute immer mehr Möglichkeiten für Frieden und Wohlstand im Nahen Osten. Dies sind wichtige Chancen, die die EU nutzen sollte.

Die Ausweitung von Frieden und Wohlstand in der Region wird dem Engagement und der Integration im gesamten Nahen Osten weiteren Auftrieb geben, so wie dies auch in Europa selbst der Fall war.

Palästinensische Ablehnung anerkennen

Zweitens hat die EU nicht anerkannt, dass alle relevanten palästinensischen politischen Organisationen – einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Palästinensischen Autonomiebehörde, die das palästinensische Volk vertreten und regieren – nicht die Errichtung eines unabhängigen, demokratisch rechenschaftspflichtigen und friedlichen Staates an der Seite Israels anstreben, sondern die Zerstörung des jüdischen Staates. Solange sich dies nicht ändert, wird Israel keine Lösung akzeptieren, die seine Selbstverteidigung gefährdet. Israel wurde als jüdischer Staat gegründet, der frei und sicher sein will vor feindlichen Handlungen oder Gewaltandrohungen durch ausländische Staaten und nichtstaatliche Akteure.

Die Beseitigung dieser Grundursache des Konflikts sollte höchste Priorität haben. Ein breiteres positives regionales Engagement für Israel wird die palästinensische Ablehnung verringern, indem es ihre relativen Nachteile hervorhebt. Wenn die Palästinenser dann das jüdische Volk als Nation und das Recht Israels akzeptieren können, als jüdischer Staat frei von feindlichen Handlungen oder Gewaltandrohungen zu existieren, dann hat der Frieden eine Chance.

Gleiche Auslegung und Anwendung des Völkerrechts in der Region

Drittens behauptet die EU-Politik fälschlicherweise, dass die Palästinenser ein Recht auf eine vollwertige, souveräne Staatlichkeit in Ost-Jerusalem und im Westjordanland haben, und verwendet juristische Rhetorik zur Rechtfertigung ihrer Politik. Die EU wendet diese juristische Rhetorik nicht auf andere vergleichbare Konflikte oder Besetzungen an. Solche Konflikte gibt es in der Region (Baluchi, Houthi, Kurden, Saharaui usw.) und weltweit. Die Rechtsstaatlichkeit verlangt von der EU, dass sie völkerrechtliche Konzepte fair, objektiv und konsequent auslegt und anwendet. Die Instrumentalisierung des Völkerrechts in Bezug auf Staatlichkeit, territoriale Souveränität, Selbstbestimmung und Besetzung durch die Anwendung doppelter Standards ist ein Missbrauch des Rechts.

Um es klar zu sagen: Die Palästinenser haben ein Recht auf Selbstbestimmung, aber nicht à priori ein Recht auf einen vollwertigen souveränen Staat. Die



Zwei-Staaten-Politik der EU erkennt die legitimen territorialen Rechte Israels in diesen Gebieten nicht an. Ein ausgehandelter Frieden sollte sowohl die palästinensischen als auch die israelischen Bedürfnisse berücksichtigen.

Die Voraussetzungen für Frieden schaffen

Viertens: Anstatt die friedliche Zusammenarbeit zu fördern, verfestigen die EU-Interventionen zum

Staatsaufbau vor Ort korrupte Autokratien und fördern den Extremismus. Dies geschieht, weil die EU-Unterstützung für palästinensische Institutionen die lokalen Machtstrukturen und die politische Kultur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft ignoriert.

Die EU sollte darauf bestehen, dass langfristig palästinensische Institutionen aufgebaut werden, die gleiche Freiheit und Sicherheit für alle Bürger auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit fördern. Ein solcher Ansatz steht im Einklang mit den EU-Werten der Menschenwürde, des Wohlstands, des regionalen Friedens und der Integration. Die EU sollte unter den Palästinensern nicht weiterhin denselben Extremismus und dieselbe Unterdrückung der Menschenrechte unterstützen, die die EU überall sonst ablehnt.

Daher sollte die europäische Finanzhilfe von der Erfüllung bestimmter Anforderungen in drei Hauptbereichen abhängig gemacht werden:

- a) Pflege von Grundwerten, die die Rechtsstaatlichkeit und die bürgerlichen, religiösen und politischen Rechte aller schützen
- b) Förderung der persönlichen Freiheit und Gleichheit (einschließlich der Akzeptanz von Juden als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft)
- c) Normalisierung der Beziehungen zu Israel im Einklang mit anderen Abkommen mit Israel, wie z. B. den Abraham-Abkommen.

Hier finden Sie den vollständigen Bericht: <https://sallux.eu/bookstore/two-states-for-two-peoples.html>

Hier die Zusammenfassung zum Bericht auf Deutsch: <https://drive.google.com/file/d/1AEQZW0j-16hgv7qleKm5-VM547kojDv7C/view>

Und hier weitere Dokumente zur Studie und den Autoren: <https://www.thinc.info/eu-two-state-policy-review/>

Mitarbeiter der Wahrheit

Das Vermächtnis von Papst Benedikt XVI. für unsere Kultur und Gesellschaft

Am 31.12.2022 verstarb der emeritierte Papst Benedikt XVI. und mit ihm einer der größten Denker unserer Zeit, ein Apologet und Verteidiger der philosophischen Grundlagen Europas, der Wahrheit, des Rechts und der Menschenwürde. Josef Ratzingers über 60 Jahre währende intensive wissenschaftliche Arbeit erstreckt sich über alle Themenfelder der Theologie ebenso wie auf Fragen in Politik und Gesellschaft, der Kultur und Europas, immer im Rückbezug auf die Heilige Schrift und die Theologie der letzten 2000 Jahre. Er hat als Papst aus dem Land der Dichter und Denker Deutschland alle Ehre gemacht, wofür er weltweit weit mehr Anerkennung erhielt als in seiner Heimat. Sein ganzes Werk als Theologieprofessor, Kardinal, Präfekt der Glaubenskongregation und als Papst ist an der Gestalt Jesu Christi ausgerichtet und zielt in seiner Weite des Denkens, theologischen Tiefe und menschlichen Güte auf die Hinwendung des Menschen zu Gott. Er verstand sich zeitlebens als Mitarbeiter der Wahrheit (3Joh 1,8) – der in Christus offenbarten Wahrheit Gottes zur Rettung der Menschheit.

Der folgende Beitrag fragt, was wir aus seinem Vermächtnis mit in eine Zeitenwende für Politik und Gesellschaft nehmen können. Wenn Joseph Ratzinger im Folgenden vor allem selbst zu Wort kommt, so ist das seiner ehrfurchtsvollen Sprache, der Genauigkeit des Wortes und seinem Anspruch geschuldet, dass Sprache Wahres, Richtiges und Wichtiges mitteilt, Begegnung und Erkenntnis zugleich ist.

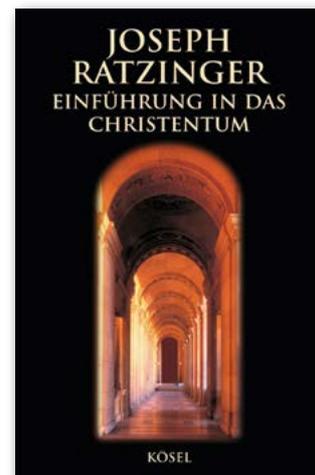
Das geistigen Wurzeln Europas

„Die Kultur Europas ist aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom – aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms entstanden.“¹ Diese drei Säulen der inneren Identität Europas vergegenwärtigte Josef Ratzinger unserer Zeit auf intellektuellem und lebenspraktischem Niveau. Während Papst Johannes Paul II. die Kirche durch die Zeit des Kommunismus geführt hatte, konfrontierte Papst Benedikt XVI. den Säkularismus, Relativismus und den Islam des 21. Jahrhunderts, die die geistigen

Fundamente Europas und seine christliche Prägung infrage stellen. Bereits in die Rebellion der 68er Studentenrevolten gegen Kirche und Staat hinein half Ratzingers bekanntestes Buch „Einführung in das Christentum“ Generationen junger Menschen zur Wahrheit in der Person Gottes jenseits, aber nicht gegen die Philosophien zu finden.

„Das Zusammentreffen der biblischen Botschaft und des griechischen Denkens war kein Zufall. Die Vision des heiligen Paulus, dem sich die Wege in Asien verschlossen und der nächtens in einem Gesicht einen Mazedonier sah und ihn rufen hörte: Komm herüber und hilf uns (Apg 16,6-10) – diese Vision darf als Verdichtung des von innen her nötigen Aufeinanderzugehens zwischen biblischem Glauben und griechischem Fragen gedeutet werden.“² So ist es ebenso wenig ein Zufall, dass das Neue Testament in Griechisch geschrieben ist und bereits die griechische Übersetzung des Alten Testaments in der Septuaginta die Begegnung des christlichen Glaubens mit dem griechischen Geist vorbereitet hatte, mit der das Christentum in seiner Entstehung und Verbreitung seine geschichtlich entscheidende Prägung in Europa fand. „Diese Begegnung, zu der dann noch das Erbe Roms hinzutritt, hat Europa geschaffen und bleibt die Grundlage dessen, was man mit Recht Europa nennen kann“³

Die griechische Philosophie bildete mit ihrem vorreligiösen Gottesbegriff und ihrer Suche nach der Wahrheit den „Vorhof“ des biblischen Glaubens, der darauf Antwort gab, und in dem Vernunft und Glauben die Synthese eingingen, die das europäische Denken zu seiner Hochform werden ließ. Die Weite der Vernunft braucht die Tiefe der Gottheit, wie sie die Kirchenväter zusammenbrachten. Dieses europäische Erbe hat Joseph Ratzinger in die Gegenwart geholt.



1 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Berliner Reichstagsgebäude 22. 9. 2011

2 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Aula Magna der Universität Regensburg 12. 9. 2006. Glaube, Vernunft und Universität. Erinnerungen und Reflexionen.

3 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Aula Magna der Universität Regensburg 12. 9. 2006. Glaube, Vernunft und Universität. Erinnerungen und Reflexionen.

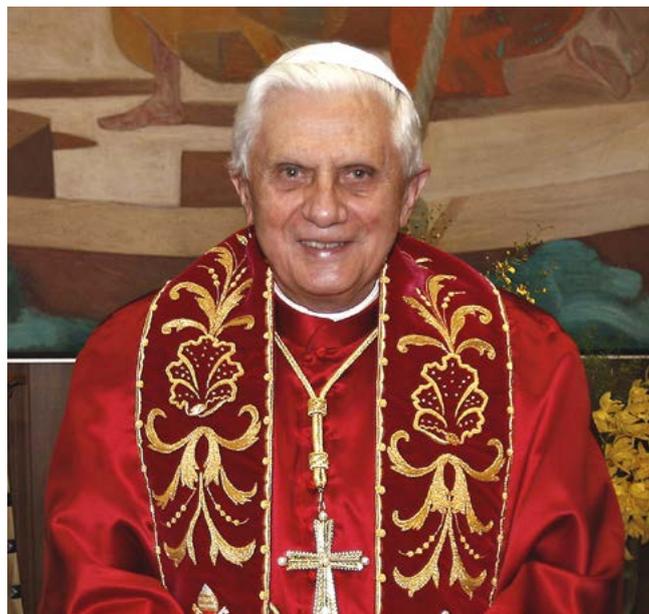
Als Ursache der intellektuellen, geistigen und sozialen Krise Europas sah er das Kappen seiner eigenen Wurzeln. „Wenn in einer ersten Phase der Abwesenheit Gottes sein Licht noch nachleuchtet und die Ordnungen des menschlichen Daseins zusammenhält, so scheint es, daß es auch ohne Gott ganz gut geht. Aber je weiter die Welt sich von Gott entfernt, desto klarer wird, daß der Mensch in der Hybris der Macht, in der Leere des Herzens und im Verlangen nach Erfüllung und Glück immer mehr das Leben verliert. Der Durst nach dem Unendlichen ist im Menschen unausrottbar da.“⁴

Die Zukunft der westlichen Welt verfallt einer Kultur des Todes, wenn sie ihr geistiges Erbe gegen einen beliebigen Säkularismus eintauscht, mit ihren Folgen von Abtreibung, Euthanasie, Selbstmord, drastisch sinkenden Geburtenraten und einer nicht reproduktiven Neudefinition der Ehe. Kardinal Ratzinger ist es zu verdanken, dass katholische Beratungsstellen in der Schwangerschaftskonfliktberatung in Deutschland keinen Beratungsschein ausstellen, weil nach der geltenden Gesetzeslage das Kind damit zur Abtreibung freigegeben wird.

Die Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaats

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22.09.2011 legte Papst Benedikt XVI. von den geistigen Wurzeln Europas her die Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaats dar. Er warnte vor der Verfälschung des Rechts, womit der Staat – mit Augustinus gesprochen – zu einer Räuberbande wird. Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren, zwischen Gut und Böse, wahren Recht und Scheinrecht zu unterscheiden, nannte er die grundlegende Aufgabe des Politikers, und dass in Grundfragen des Rechts kein Mehrheitsprinzip ausreicht. „Von der Überzeugung eines Schöpfergottes her ist die Idee der Menschenrechte, die Idee der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, die Erkenntnis der Unantastbarkeit der Menschenwürde in jedem einzelnen Menschen und das Wissen um die Verantwortung der Menschen für ihr Handeln entwickelt worden.“⁵ Diese Maßstäbe des Rechts zu verteidigen sei das Gebot der historischen Stunde.

Das Christentum hat dem Staat und der Gesellschaft nie eine Rechtsordnung aus religiöser Offenbarung vorgegeben. „Es hat stattdessen auf Natur und Ver-



Benediktus PP XVI

nunft als die wahren Rechtsquellen verwiesen – auf den Zusammenklang von objektiver und subjektiver Vernunft, der freilich das Gegründetsein beider Sphären in der schöpferischen Vernunft Gottes voraussetzt. [...] Wenn damit bis in die Zeit der Aufklärung, der Menschenrechtserklärung nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Gestaltung unseres Grundgesetzes die Frage nach den Grundlagen der Gesetzgebung geklärt schien, so hat sich im letzten halben Jahrhundert eine dramatische Veränderung der Situation zugetragen.“⁶ Ein positivistischer Naturbegriff, der Natur rein funktional versteht, wurde zum wissenschaftlichen Dogma erhoben und verbannte Ethos, Recht und Religion aus dem Bereich der Vernunft in die Subjektivität. Mit der alleinigen Herrschaft der positivistischen Vernunft, so Papst Benedikt, wurden die klassischen Erkenntnisquellen für Ethos und Recht außer Kraft gesetzt.

Papst Benedikts Warnung, dass Verfechter des Positivismus Europa in einen Status der Kulturlosigkeit rücken und zugleich extremistische und radikale Strömungen herausfordern, zeigt sich mittlerweile in fast allen Gesellschaftsbereichen und zunehmender Dysfunktionalität. Seine dringende Einladung zu einer öffentlichen Diskussion darüber fand weder in der Politik noch in den Medien Widerhall.

⁴ Ansprache von Papst Benedikt XVI. Augustinerkloster Erfurt 23. 09. 2011

⁵ Ansprache von Papst Benedikt XVI. Berliner Reichstagsgebäude 22. 9. 2011

⁶ Ansprache von Papst Benedikt XVI. Berliner Reichstagsgebäude 22. 9. 2011

Vernunft und Glauben

Glauben und Vernunft hatte Joseph Ratzinger als seine Sendung erkannt. Er vereinigte in seinem Leben und in seinem theologischen und philosophischen Werk umfassende Wissenschaft mit tiefem Glauben – im Gegensatz zur Moderne, die den Glauben privatisiert hat, und zur Postmoderne, die die Vernunft relativiert. Glauben allein glaubt unter Umständen alles, ohne es zu prüfen. Das Denken allein vermisst den personalen Zugang zu Gott. Der Glaube ist nicht unvernünftig, und die Vernunft allein macht nicht den Menschen aus. Es braucht Glauben, der nach Einsicht sucht, und Einsicht, die Glauben sucht. *„Die Vernunft wird ohne den Glauben nicht heil, aber der Glaube wird ohne die Vernunft nicht menschlich.“*⁷

Ratzinger betonte, dass Gott selbst mit Vernunft handelt. Der griechische Logos ist Vernunft und Wort zugleich, der biblische Gottesbegriff für den Schöpfer selbst (Joh 1). Wenn wissenschaftliche Methoden die Gottesfrage ausschließen, verkürzen sie die Wissenschaft und die Vernunft und damit den Menschen selbst. *„Das Ethos der Wissenschaftlichkeit ... ist im übrigen Wille zum Gehorsam gegenüber der Wahrheit und insofern Ausdruck einer Grundhaltung, die zu den wesentlichen Entscheiden des Christlichen gehört. Nicht Rücknahme, nicht negative Kritik ist gemeint, sondern um Ausweitung unseres Vernunftbegriffs und -gebrauchs geht es.“*⁸

Kant hatte in der Aufklärung den Glauben in der praktischen Vernunft verankert, ihm aber den Zugang zum Ganzen der Wirklichkeit abgesprochen. Ratzinger wollte nicht hinter die Aufklärung zurück, aber die nach Kant „reine Vernunft“ nicht vom Glauben getrennt lassen, sondern daran herausfordern und aufrichten. Die Vernunft darf nicht auf das naturwissenschaftlich Nachweisbare beschränkt werden. Sie muss die großen Menschheitsfragen einschließen, die aus anderen Realitäten des Glaubens und der Offenbarung Antwort finden.

Als junger Theologieprofessor hatte Ratzinger an der Bonner Universität bald Hörer aus allen Fakultäten. In der Weite seines Denkens und Verstehens gelang es ihm, widersprüchliche Positionen in ihrer Einseitigkeit aufzuheben und auf höherer Ebene zu einer Synthese zu bringen.

7 Josef Ratzinger, Glaube – Wahrheit – Toleranz. Das Christentum und die Weltreligionen, Freiburg/Bg., 2. Aufl. 2003, S. 110.

8 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Aula Magna der Universität Regensburg Dienstag, 12. 9. 2006. Glaube, Vernunft und Universität. Erinnerungen und Reflexionen.

Wahrheit gegen Relativismus

Die erheblichste Ursache der heutigen Bedrohung der Menschheit sah Joseph Ratzinger in der Leugnung objektiver Wahrheit und deren Ersetzung durch einen moralischen Relativismus, der sich immer deutlicher als Krise im Bewusstsein der Grundwerte des menschlichen Lebens zeigt. Eine Diktatur des Relativismus zieht die Gefahr des Totalitarismus nach sich und der Herrschaft politischer Gewalt über die Menschenrechte. Wenn Freiheit von der Wahrheit abgekoppelt wird, treten an ihre Stelle innerweltliche Heilslehren und politische Religionen, die ihre begrenzten Sichtweisen absolut setzen und in politischen Diktaturen zwangsvollstrecken. Die Wahrheitsfrage leistet nicht Intoleranz Vorschub, sondern gehört zur Vernunft, und die Wissenschaft wie auch die Gesellschaft muss sich ihr stellen.

Ratzinger verteidigte das Naturrecht als die sittliche Ordnung, wie sie uns in die Tiefe unseres Seins als Geschöpfe Gottes eingeschrieben wurde (Röm 8). Gewissen ist keine subjektive Überzeugung, sondern dieses ursprüngliche Gewissen, unsere Antenne für die Transzendenz, unsere angeborene Fähigkeit zum Erkennen des Wahren, Guten und Schönen. Es ist der gottgegebene Auftrag der Kirche, dieses ursprüngliche Gewissen anzusprechen. Ethische und religiöse Fragen werden sonst ins Subjektive verlegt: *„Das Subjekt entscheidet mit seinen Erfahrungen, was ihm religiös tragbar erscheint, und das subjektive „Gewissen“ wird zur letztlich einzigen ethischen Instanz. So aber verlieren Ethos und Religion ihre gemeinschaftsbildende Kraft und verfallen der Beliebigkeit.“*⁹

Die Vorstellung vom Gewissen als gelebte persönliche Verantwortung vor Gott und den Menschen ist das Hauptthema in Ratzingers Theologie des politischen Lebens. Er erinnerte daran, dass die Versuche der Aufklärer, die wesentlichen moralischen Normen für das Zusammenleben der Menschheit unabhängig von religiösen und philosophischen Strömungen festzuschreiben, in der Geschichte gescheitert ist: *„Kant hatte verneint, dass Gott im Bereich der reinen Vernunft erkennbar sein könnte, doch gleichzeitig hatte er Gott, die Freiheit und die Unsterblichkeit als Postulate der praktischen Vernunft dargestellt, ohne die für ihn, konsequenterweise, kein moralisches Handeln möglich war. Lässt uns der heutige Zustand der Welt nicht von neuem denken, dass er Recht haben könnte? Ich*

9 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Aula Magna der Universität Regensburg Dienstag, 12. 9. 2006. Glaube, Vernunft und Universität. Erinnerungen und Reflexionen.



Begrüßung von Papst Benedikt XVI. durch Bundespräsident Christian Wulff vor dem Schloss Bellevue in Berlin

möchte es mit anderen Worten sagen: Der zum äußersten geführte Versuch, die menschlichen Dinge unter vollständigem Verzicht auf Gott zu formen, führt uns immer näher an den Rand des Abgrunds, zur gänzlichen Zurückstellung des Menschen. Wir müssten also das Axiom der Aufklärer auf den Kopf stellen und sagen: Auch derjenige, dem es nicht gelingt, den Weg der Annahme Gottes zu finden, sollte dennoch versuchen, so zu leben und sein Leben so auszurichten *veluti si Deus daretur, als ob es Gott gäbe.*¹⁰

Mitarbeiter der Wahrheit zu sein, war für Joseph Ratzinger sein bischöflicher Wahlspruch, aber kein Exklusivanspruch. Die Wahrheit war für ihn zuerst Gott selbst als Person, als dessen Mitarbeiter er sich verstand. Und er stellte sich der Auseinandersetzung mit kontroversen Positionen anderer Mitarbeiter, ohne die es keine Wahrheitsfindung gibt, weder in der Wissenschaft, noch in gesellschaftlichen Debatten.

Politische Theologie

Für uns als Partei ist interessant, wie Joseph Ratzinger das Verhältnis von Theologie und Politik verortet hat. Eine politische Theologie hat dem Wohl des Staates zu dienen und deshalb von ihrem Wesen her Religion und Ethik zum Inhalt. Die nach Kirchenvater Augustinus „naturale“ Theologie hingegen zielt zuerst auf die Erkenntnis Gottes, nicht auf den Zusammenhalt der Gesellschaft. Rom wie Griechenland waren Gemeinwe-

sen, die sich ihre Religion gegeben haben. Das Christentum brach mit diesen zivilen Religionen und stellte von Anfang an Gott in den Mittelpunkt, in dem potenziell die menschliche Gemeinschaft ihre Einheit finden kann. Eine Verchristlichung des Gemeinwesens liegt außerhalb der Möglichkeiten des christlichen Glaubens, weil dieser nicht auf die Etablierung von christlichem Gedankengut oder Werten zielt, sondern auf die „Verchristlichung“ der Protagonisten, also der Menschen, die das Gemeinwesen gestalten. In diesem Sinne argumentiert Ratzinger in der Stoßrichtung ähnlich wie Luther in seiner Beschreibung der zwei Regimente: Die Politik regiert mit Gesetzen, Macht und Gewalt, die Theologie mit Wort und Vernunft. Dennoch ist die Politik von Gott in den Dienst genommen und damit gefordert, ihre Regierung an Wort und Vernunft auszurichten (Röm 13).

Freiheitliche politische Ordnungen, wie sie offenbar nicht zufällig im Einflussbereich des Christentums im 20. Jahrhundert entstanden, basieren mit ihren Grundwerten auf einem nichtrelativistischen Kern, der als Garant der Freiheit unverzichtbar scheint: der Würde jedes Menschen, die ihren Grund im Bild vom Menschen als Geschöpf Gottes hat, das jeder gesellschaftlichen Verfügung vorausgeht. Wo dieses anthropologische Fundament nicht mehr als Wahrheit akzeptiert, sondern der Mehrheitsmeinung preisgegeben wird, verlieren Freiheit und Recht ihren Anker und die Demokratie ihre Bestimmung. „Die Menschenrechte unterliegen nicht ihrerseits dem Pluralismus- und dem Toleranzge-

¹⁰ Vortrag von Kardinal Joseph Ratzinger in Subiaco am 1.4.2005

bot, sie sind der Inhalt der Toleranz und der Freiheit. Den anderen seines Rechts zu berauben kann niemals Inhalt des Rechts werden und niemals Inhalt der Freiheit sein. Das bedeutet, dass ein Grundbestand an Wahrheit, nämlich an sittlicher Wahrheit, gerade für die Demokratie unverzichtbar zu sein scheint.“¹¹

In dieser Perspektive besteht die Funktion einer politischen Theologie im Schutz des Menschen, seiner Würde, des Rechts und des Gemeinwohls vor der Politik, wenn diese Macht und Gewalt missbräuchlich einsetzt. Papst Benedikt begründete den Widerstand gegen geltende Rechtsordnungen, wo Menschen gezwungen werden, unter gottlosen Gesetzen zu leben, dass sie im Namen des Gesetzes der Wahrheit gegen die bestehende Ordnung leben und sich organisieren.

Zur marxistisch inspirierten Befreiungstheologie nahm Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation Stellung und zeigte deren Verschmelzung von Reich Gottes mit sozialistischer Utopie und politischer Aktion auf. Eine vom Evangelium inspirierte Befreiungstheologie setzt hingegen an der Befreiung des Menschen von der Sünde an und der Erneuerung der Herzen, um Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft zu fördern. Brüderlichkeit muss von der Bibel und nicht von der Französischen Revolution her erschlossen werden, denn sie braucht Gott als Vater der Brüder. Die Auseinandersetzung mit den Anliegen der Befreiungstheologie für die Armen und Ausgegrenzten der Gesellschaft veranlasste Ratzinger zu einer Aktualisierung der Katholischen Soziallehre, die kein irdisches Paradies verspricht, sondern auf dem Evangelium und dem Naturrecht basiert, das allen Menschen gemeinsam ist.

Ökologie des Menschen und der Schöpfung

Ohne Gott gibt es keine gesunde Anthropologie, die dem Menschen als Geschöpf Gottes gerecht wird. Joseph Ratzinger stellte die tiefe Unwahrheit der Gender-Theorie heraus als anthropologische Revolution, die die leibliche Natur des Menschen leugnet. Während im Umgang mit der Natur deren Manipulation beklagt wird, manipuliere der Mensch damit seine eigene Natur. Mit dem Leugnen der Dualität von Mann und Frau wird der Familie ihr Ursprung entzogen, Kinder werden zum Objekt von Rechtsansprüchen und der Mensch als Schöpfung Gottes wird seines Seins entwürdigt.¹²

¹¹ Joseph Ratzinger, Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg – Basel – Wien 2005, S. 51.

¹² Vgl. Ansprache von Papst Benedikt XVI. beim Weihnachtsempfang für das Kardinalskollegium, die Mitglieder der Römischen Kurie und der Päpstlichen Familie, Sala Clementina, 21. Dezember 2012

Die Ökologie der Schöpfung und des Menschen brauchen Wiederherstellung, weil Freiheit nur in unserer gottgegebenen Natur existiert: „Die Bedeutung der Ökologie ist inzwischen unbestritten. Wir müssen auf die Sprache der Natur hören und entsprechend antworten. Ich möchte aber nachdrücklich einen Punkt noch ansprechen, der nach wie vor weitgehend ausgeklammert wird: Es gibt auch eine Ökologie des Menschen. Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muss und die er nicht beliebig manipulieren kann. Der Mensch ist nicht nur sich selbst machende Freiheit. Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur hört, sie achtet und sich annimmt als der, der er ist und der sich nicht selbst gemacht hat. Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit.“¹³

In seiner Stellungnahme als Emeritus zum Missbrauchsskandal 2019 benannte er den Zusammenbruch der Moraltheologie und die Rolle der Homosexualität als Hauptursachen. „Das Letzte und Entscheidende für den Menschen, gerade auch für sein Wohl und Glück, ist nicht das Wohlfühlen, sondern das Gutsein. Der Mensch wird nicht vergrößert, wenn ihm Autonomie zugesprochen wird, sondern verkleinert, denn er kommt erst wahrhaft zu sich selbst, wenn er über sich hinaus kommt. Er ist mehr bei sich selbst, wenn er bei Gott ist, als wenn er nur er selber sein will.“¹⁴

Brückenbauer zwischen Konfessionen und Religionen

Papst Benedikt gab Luther recht, dass allein der Glaube an Jesus Christus rettet, der aber nicht von dessen höchstem Gebot getrennt werden kann, Gott und unseren Nächsten zu lieben. Erst in der tätigen Liebe werden wir Christus ähnlich. Als Präfekt der Glaubenskongregation hatte er maßgeblichen Anteil an der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre, die am 31. Oktober 1999 von Repräsentanten des Lutherischen Weltbunds und der Römisch-katholischen Kirche in Augsburg unterzeichnet wurde – ein Meilenstein in der Überwindung der Kirchenspaltung seit der Reformation.

In der Beziehung zum Judentum erinnerte Ratzinger mehrfach daran, dass Jesus von Nazareth nicht nur der Herr der Christen, sondern auch der Messias der Juden ist, und wurde dafür des Antisemitismus bezich-

¹³ Ansprache von Papst Benedikt XVI. Berliner Reichstagsgebäude 22. 9. 2011

¹⁴ Zitiert nach Martin Lohmann, Zum Tod Benedikts XVI. Diener der Wahrheit in Liebe <https://www.die-tagespost.de/kirche/aktuell/diener-der-wahrheit-in-liebe-art-227844>

tigt. Dennoch baute er eine tragfähigere, theologisch fundierte Brücke zwischen Christentum und Judentum. Er besuchte 2005 als erster Papst in Köln eine deutsche Synagoge und auf seiner Nahostreise 2009 Yad Vashem. Als der deutsche Papst 2006 in Auschwitz betete, überspannte ein Regenbogen Birkenau – Zeichen des Bundes Gottes mit der Menschheit und Verheißung neuen Lebens auch an diesem Ort.

Mit seiner Regensburger Rede 2006, in der er die kontraproduktive Unvernunft herausstellte, Glauben und Religion mit Gewalt durchsetzen zu wollen, zog Papst Benedikt weltweite Proteste empörter Muslime auf sich. Er wollte damit sagen, dass der Würde des von Gott geschaffenen Menschen nur eine Glaubensantwort in Freiheit und Wahrheit des Gewissens entspricht. Die Religionen können friedlich miteinander leben in der Anerkennung der Menschenrechte und im Dialog. Dieser Dialog kam daraufhin in Gang mit über einhundert muslimischen Gelehrten. Als Präfekt der Glaubenskongregation hatte Ratzinger die Unterschiede zwischen den Religionen herausgearbeitet, im Dialog suchte er das Gemeinsame: Alles Wahre, Gute und Schöne ist Teilhabe am Göttlichen. Alles Böse und besonders Gewalt im Namen der Religion ist Schändung von Gottes Ebenbild und Sünde gegen Gott selbst.

Religion zur Rechtfertigung von Gewalt und Unmenschlichkeit bezeichnete Benedikt als „Pathologien des Glaubens“, die es in der Geschichte des Christentums leider auch gab. Das 20. Jahrhundert wurde hingegen Zeuge von „Pathologien der Vernunft“, die dem Glauben unter wissenschaftlichen Vorzeichen entfremdet wurde. Es braucht den Dialog von Glauben und Vernunft auch für den Dialog der Kulturen und Religionen: *„In der westlichen Welt herrscht weithin die Meinung, allein die positivistische Vernunft und die ihr zugehörigen Formen der Philosophie seien universal. Aber von den tief religiösen Kulturen der Welt wird gerade dieser Ausschluß des Göttlichen aus der Universalität der Vernunft als Verstoß gegen ihre innersten Überzeugungen angesehen. Eine Vernunft, die dem Göttlichen gegenüber taub ist und Religion in den Bereich der Subkulturen abdrängt, ist unfähig zum Dialog der Kulturen.“*¹⁵

Zur Religionsfreiheit als Bestandteil der Menschenrechte erklärte Papst Benedikt 2008 vor der UN-Vollversammlung: *„Es sollte niemals erforderlich sein, Gott zu verleugnen, um in den Genuß der eigenen Rechte*

*zu kommen. Die mit der Religion verbundenen Rechte sind um so schutzbedürftiger, wenn sie als im Gegensatz stehend zu einer säkularen Ideologie oder zu religiösen Mehrheitspositionen exklusiver Art angesehen werden. Die volle Gewährleistung der Religionsfreiheit kann nicht auf die freie Ausübung des Kultes beschränkt werden, sondern muß in richtiger Weise die öffentliche Dimension der Religion berücksichtigen, also die Möglichkeit der Gläubigen, ihre Rolle im Aufbau der sozialen Ordnung zu spielen.“*¹⁶

Generation Benedikt

Als universaler Gelehrter knüpfte Joseph Ratzinger vielfach an Kunst, Musik, Literatur und Architektur an, die seinem Denken die große Weite gaben. 2009 lud er als Papst 250 Künstler aus aller Welt in die Sixtinische Kapelle ein, um die Freundschaft der Kirche mit der Kunst zu erneuern und ihre transzendente Dimension zu entfalten:

*„Ihr seid Hüter der Schönheit: dank eures Talentes habt ihr die Möglichkeit, zu den Herzen der Menschen zu sprechen, einzelne und gemeinsame Sensibilitäten zu berühren, Träume und Hoffnungen wachzurufen und Horizonte von Wissen und menschlichem Engagement zu erweitern. Seid dankbar für diese Gaben, die ihr empfangen habt, und seid euch eurer großen Verantwortung bewußt, Schönheit mitzuteilen, durch die Schönheit und in der Schönheit zu kommunizieren! Durch eure Kunst seid ihr selbst Boten und Zeugen der Hoffnung für die Menschheit! Und fürchtet euch nicht, euch der ersten und letzten Quelle der Schönheit zu nähern und in den Dialog mit den Gläubigen zu treten, mit denen, die wie ihr auch glauben, daß sie Pilger in dieser Welt und in der Geschichte sind, auf dem Weg zu unendlicher Schönheit! Der Glaube nimmt nichts von eurem Genie oder eurer Kunst weg: im Gegenteil, er erhöht sie und nährt sie, er ermutigt sie, die Schwelle zu überschreiten und mit fasziniertem und innerlich bewegtem Blick das letzte und endgültige Ziel zu betrachten, die Sonne, die niemals untergeht, die Sonne, die die Gegenwart erleuchtet und sie schön macht.“*¹⁷

Papst Benedikt XVI. bemühte sich, das Volk Gottes darauf vorzubereiten, eine kreative Minderheit zu werden, die in einer nachchristlichen Welt als Gedächtnis, Gewissen und Vorstellungskraft agiert. *„Wir wissen nicht, wie die Zukunft Europas aussehen wird ... Das Schicksal einer Gesellschaft hängt immer von ihren*

15 Ansprache von Papst Benedikt XVI. Aula Magna der Universität Regensburg, 12. 9. 2006. Glaube, Vernunft und Universität. Erinnerungen und Reflexionen.

16 Besuch bei der UN-Vollversammlung im Glaspalast. Ansprache von Papst Benedikt XVI. New York, 18. April 2008

17 Begegnung mit den Künstlern. Ansprache von Papst Benedikt XVI. Sixtinische Kapelle 21. November 2009

kreativen Minderheiten ab. Die Christen sollten sich als eine solche schöpferische Minderheit betrachten, die Europa hilft, das Beste seines Erbes wiederzugewinnen und sich damit in den Dienst der ganzen Menschheit zu stellen.“¹⁸

Er gab einer jungen Generation Hoffnung und Orientierung zu Gott hin, den Glauben zu durchdringen und ihm zu folgen. Während Ratzinger von den Theologen seiner Generation vielfach ignoriert und kritisiert wurde, weil er die 68er Kulturrevolution mit ihren zerstörerischen Wirkungen entlarvte, lieben ihn junge Gläubige, Geistliche und Ordensleute und vertrauen seiner Weisheit. Sie verstehen, dass die westliche Kultur geistlich leer ist, die so viele ihrer Familien zerstört hat, und so vieles, was wahr, schön und gut ist, und dass sie in einen kosmischen Kampf hineingeboren sind. Auf dem Weltjugendtag 2005 in Köln feierten eine Million Jugendliche aus 200 Nationen mit Papst Benedikt Nachtgebet und Messe. Man möchte der „Letzten Generation“ von heute zurufen, was „Vater Benedikt“, wie er als Emeritus sich wünschte angesprochen zu werden, den Jugendlichen als einer neuen „Generation Benedikt“ mitgab:

„Die Heiligen sind die wahren Reformer, hatten wir gesagt. Ich möchte es nun noch radikaler ausdrücken: Nur von den Heiligen, nur von Gott her kommt die wirkliche Revolution, die grundlegende Änderung der Welt. Wir haben im abgelaufenen Jahrhundert die Revolutionen erlebt, deren gemeinsames Programm es war, nicht mehr auf Gott zu warten, sondern die Sache der Verfassung der Welt ganz selbst in die Hände zu nehmen. Und wir haben gesehen, daß damit immer ein menschlicher, ein parteilicher Standpunkt zum absoluten Maßstab genommen wurde. Das Absolutsetzen dessen, was nicht absolut, sondern relativ ist, heißt Totalitarismus. Es macht den Menschen nicht frei, sondern entehrt ihn und verklart ihn. Nicht die Ideologien retten die Welt, sondern allein die Hinwendung zum lebendigen Gott, der unser Schöpfer, der Garant unserer Freiheit, der Garant des wirklich Guten und Wahren ist. Die wirkliche Revolution besteht allein in der radikalen Hinwendung zu Gott, der das Maß des

Gerechten und zugleich die ewige Liebe ist. Und was könnte uns denn retten wenn nicht die Liebe?“¹⁹

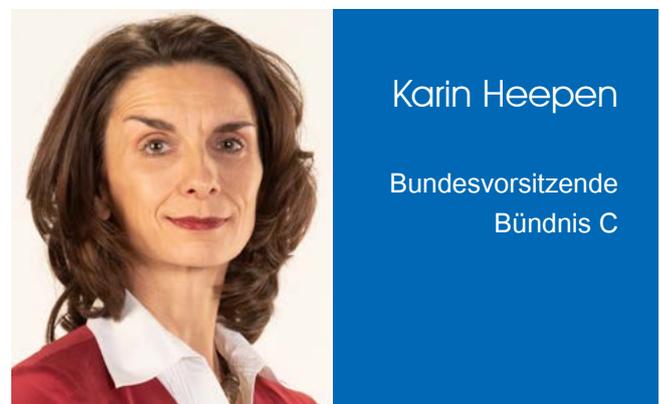
Gott ist Liebe

„Deus caritas est“ war Papst Benedikt XVI. erstes Lehrschreiben, eine Enzyklika über die Liebe als Mitte des christlichen Glaubens und der höchsten Erkenntnis Gottes, der die Liebe ist. Sein theologisches Vermächtnis und Summe seines Lebenswerkes verfasste Josef Ratzinger in seiner Jesus-Trilogie, die er wundersamerweise seinem Terminkalender als Papst abrang, weil sie, wie er sagte, geschrieben sein musste. Gegen die Verfremdung der biblischen Exegese durch humanwissenschaftliche Auslegungen des Materialismus, der Befreiungstheologie, der Psychologie, des Feminismus und des Ökologismus gab er damit der Welt den glaubwürdigen Jesus von Nazareth zurück als den menschengewordenen Sohn Gottes.



Am Abend seines Rücktritts am 11. Februar 2013 schlug ein kilometerlanger Blitz in die Kuppel des Petersdomes ein und beendete ein Zeitalter, dessen Geist er verkörpert hat. „Ich gehöre nicht mehr zur alten Welt, aber die neue ist auch noch nicht wirklich da“, so beschrieb der emeritierte Papst sich selbst. Er sei ein Papst „zwischen den Zeiten“ gewesen.²⁰

Er wurde heimgerufen zum Vater am Silvestertag des Jahres 2022, das für uns alle sichtbar zur Zeitenwende wurde. Seine letzten Worte waren: „Herr ich liebe dich.“



18 Joseph Ratzinger: Europas Identität. Seine Geistigen Grundlagen heute und morgen. In: Ders.: Werte in Zeiten des Umbruchs. Freiburg 2005, S. 68-88, hier S. 80 und 88.

19 Vigil mit den Jugendlichen auf dem Marienfeld. Ansprache von Papst Benedikt XVI. Köln, Marienfeld 20. August 2005

20 VATICAN NEWS Nachruf: Papst zwischen den Zeiten <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2022-12/papst-benedikt-xvi-tod-nachruf-joseph-ratzinger-vatican-kirche.html>

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Falblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln.
- Ich brauche ____ Stück vom Treppenfalz-Flyer.
- Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.
- Ich brauche ____ Stück vom Kurzprogramm.



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüre zu unserer Israel-Politik, kurzgefasst



Kurzprogramm



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Name, Vorname: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen: _____

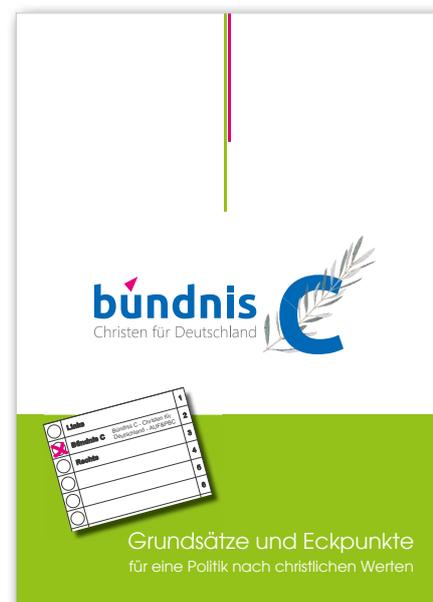
Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Liebe Mitglieder und Freunde,

Christus ist auferstanden!

ER IST WAHRHAFTIG AUFERSTANDEN!

Mit dieser frohen Botschaft nähern wir uns mit großen Schritten dem Ostersonntag.

Bei all dem, was in der Welt passiert, und besonders im Blick auf den Krieg, der immer noch in der Ukraine anhält, sind wir mehr denn je auf Ihn angewiesen. Wir brauchen den Auferstandenen Gekreuzigten, der Veröhnung bringt und der uns zusagt: Friede sei mit euch!

Wir als Bündnis C verstehen uns als Teil des Leibes Christi, der auf der politischen Ebene in Deutschland wirken möchte. Dies können wir am besten mit der Unterstützung von vielen Mitgliedern. Falls Sie noch nicht Mitglied sind, setzen Sie ein Zeichen Ihrer Unterstützung und werden Sie Mitglied. Den Mitgliedsantrag finden Sie auf unserer Homepage unter der Rubrik „Mitmachen“. Gerne schicken wir Ihnen auch durch die Bundesgeschäftsstelle einen Antrag in Papierform zu, falls Sie das bevorzugen.

Auch durch die sozialen Medien können Sie uns weiter bekannt machen. Es würde uns sehr helfen, wenn Sie uns auf ihrem bevorzugten Medium folgen und ab und zu unsere Beiträge kommentieren, teilen oder auf „gefällt mir“ drücken, um so die Reichweite und Sichtbarkeit der Beiträge zu erhöhen. Unten finden Sie eine Auflistung unsere verschiedenen Kanäle.

Unterstützen können Sie uns nicht nur virtuell in den Sozialen Medien, sondern auch durch die Weitergabe von Informationsmaterial an Freunde, Bekannte oder Gemeindemitglieder, die an der Arbeit von Bündnis C interessiert sein könnten. Kommen Sie auf uns zu in der Bundesgeschäftsstelle, wir schicken Ihnen gern Material.

Natürlich können Sie Bündnis C auch gern finanziell helfen, insbesondere unsere Öffentlichkeitsarbeit weiter auszubauen. Zudem können die Spenden steuerlich geltend gemacht werden. Auch kleine Summen helfen, unsere politische Arbeit umzusetzen! Herzlichen Dank dafür.

Und noch eine Bitte: Wir verschicken zwischen den EINDRUCK-Heften gelegentlich Rundmails an unsere Mitglieder und Interessenten mit aktuellen Informationen und Einladungen. Leider haben wir nur von etwa einem Drittel unserer Mitglieder Email-Adressen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Email-Adresse schreiben, damit wir Sie auf dem Laufenden halten können!

Ich möchte Ihnen danken für Ihre bisherige Unterstützung und Ihre Treue im Gebet, für die Weitergabe von Infomaterial, Spenden, Mithilfe bei Aktionen vor Ort und vieles andere.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ein frohes Osterfest:

Der Herr ist auferstanden!

Es grüßt Sie herzlich



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



[https://www.facebook.com/
buendnisC](https://www.facebook.com/buendnisC)



<https://www.youtube.com/buendnisC>

bündnis C



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 27 – 2023/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.
Abbildungen auf Seite 1: 경복 김/Pixabay; S. 10: (Foto M. Schlittenhardt), Samuel Gesang; S. 20: Michal Kryński/Pixabay; S. 24: Pete Linforth/Pixabay;
S. 27: lumix2004/Freemages; S. 28: Kristin Snippe/Unsplash; S. 32: www.thinc.de;
S. 32: sallux.eu/; S. 33: Jonny Gios/Unsplash; S. 34: www.vivat.de/einfuehrung-in-das-christentum/; S. 35: Namensnennung 3.0 Brasilien (unverä.), Fabio Pozzebom;
S. 40: www.vivat.de/jesus-von-nazareth-2087575/

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX